

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 26. Sitzung des Bauausschusses

vom: **14.06.2023**

von: **17:14 Uhr**

bis: **19:15 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Grund, Annegret	vertritt Lohmeier, Heinz Werner
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Reifenrath, Frank	
Stv Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
AM Schneider, Walter	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Uhlendorf, Jens	
AM Welter, Christian	
AM Yousuf, Himat	

Beratende Mitglieder:

Stv Dylong, Barbara	vertritt Steffe, Roland
AM Katz, Heike	
AM Dr. Münch, Jochen	

AM Jagielski, Olaf

vertritt Krämer, Hartmut

Aufgrund besonderer Einladung

Frau Sabine Schmidt

- Kreis Siegen-Wittgenstein,
Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Klima-
schutz und Mobilität

Als Zuhörer:

AM Schweisfurth, Elke Gisela

Herr Thomas Lassen

- Assistenz von AM Schweisfurth

Von der Verwaltung:

StR Fries

- bis 17.11 Uhr

StBR Schumann

VA Heide

VA Wiezorek

Städt. BD Schreiber

- bis 18.11 Uhr

VA Hinkel

- bis 18.11 Uhr

VA Krippendorf

VA Schneider, P.

- bis 18.50 Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert

vertreten durch Stv Schneider, Rainer

AM Krämer, Hartmut

vertreten durch AM Jagielski, Olaf

AM Lohmeier, Heinz Werner

vertreten durch AM Grund, Annegret

AM Özcan, Kürsat

Stv Steffe, Roland

vertreten durch Stv Dylong, Barbara

B. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Nach der Beschlussfassung über den vorherigen gemeinsamen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt wird die Sitzung des Bauausschusses von 17.11 Uhr bis 17.14 Uhr unterbrochen. Anschließend setzt der Bauausschuss die Beratung seiner Tagesordnung fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Bauausschuss überein, den als TOP 8 vorgesehenen Punkt – Straßenmanagementsystem VL 1428/23 -vorzuziehen und als TOP 5 zu behandeln.

Die sich anschließenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2023

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

26. BA 14.06.2023

2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

26. BA 14.06.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

26. BA 14.06.2023

**4. Vorstellung der Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg Siegen - Kreuztal
- mündlicher Bericht -**

Frau Schmidt stellt anhand einer Präsentation die Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg Siegen- Kreuztal ausführlich vor.

⇒ *Die Präsentation ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Das Thema Verkehrswende könne radikaler gedacht werden, so Herr Welter. Man sollte den Fahrradweg attraktiver finden als den Weg für das Auto. Die Radwegführung unter der HTS sei für Sensible eine Zumutung und stelle einen Angstraum dar. Die HTS habe den Verkehr aus der Innenstadt heraushalten und um die Stadt herum lenken sollen, so dass man im Innenstadtbereich auf eine Fahrspur zugunsten eines Radweges verzichten könnte. Man sollte somit nicht im Rahmen einer Machbarkeitsstudie das Machbare denken, sondern eine Wende auf den Weg bringen und dies jetzt als Interimslösung ansehen, aber einen Masterplan haben. Die Stadt könnte mit einer Fahrradmittelachse an Lebensqualität gewinnen, so dass man dieses Ziel auch städtebaulich als besonders wertvoll ansehen könnte.

Herr Mäckeler bedankt sich für die Vorstellung und bittet die Präsentation zur Niederschrift zu geben. Was die Wegführung angeht, wäre es hilfreich gewesen, diese vorab zur Kenntnis zu geben. Die Idee eines Radschnellweges halte er für begrüßenswert. Bedenken habe er allerdings dort, wo es um Gleisunterführungen gehe und die Deutsche Bahn beteiligt sei. Die Machbarkeitsstudie setze auch voraus, dass alle Eigentümer fremder Grundstücke sich beteiligen. Könne dort kein Konsens erzielt werden, sei die Planung vergeblich.

Sicherlich sei die Anregung von Herrn Welter wünschenswert, aber pragmatisch solle die Lösung sein, dass vernünftig Fahrrad gefahren werden könne, so Herr Cziba. Optisch und hinsichtlich der Sicherheit könnte unter der HTS noch einiges verbessert werden. Wenn auch

in Teilen lediglich eine Radvorrangroute vorgesehen sei, stelle dies bereits eine Verbesserung der derzeitigen Situation dar und sei zu begrüßen. Wesentliches Anliegen sei ihm eine abgestimmte Planung von Kreis und Stadt. Er spricht die an der Eiserfelder Straße fehlende Ausbaufäche an und bittet den Verlauf des Radweges im Bereich der Schemscheid sowie über das Bahngelände unter der HTS bei der Planung baulich abzustimmen. Beim Bau der Hufeisenbrücke müssten die massiven Fundamente der Brücke in kleinere Stützenkonstruktionen aufgelöst werden, um Platz zu schaffen.

Auf Nachfrage von Herr Christian und Herrn W. Schneider zum Zeithorizont, führt Frau Schmidt aus, dieser sei noch nicht bekannt. Aufgrund der Vorarbeit durch die Machbarkeitsstudie habe das Ministerium signalisiert, auf die beiden beteiligten Städte sowie den Kreis zuzukommen. Ob dies dieses Jahr erfolge, bleibe abzuwarten.

Sich ergebende Detailfragen werden durch Herrn Schumann und Frau Schmidt abschließend beantwortet.

Man wolle das Ganze noch erleben. Die Stadt sei kein Eigentümer der Grundstücke, so dass sich die Realisierung über Jahrzehnte hinziehe. Somit biete sich die Strecke unterhalb der HTS an, so Herr Uhlendorf. Mit ausreichend Licht würden sich die Angsträume reduzieren, auch optisch sei noch etwas machbar. Für den Bereich Eiserfeld finde er es schade, dass das Ende eines solchen Weges, der sicherlich von Vielen genutzt werden wird, am Eiserfelder Bahnhof vorgesehen sei und man damit Eiserfeld und Niederschelden ausschließe. Eine Brücke zum Gymnasium Auf der Morgenröthe sei vorhanden, der Weg müsste sicherlich noch etwas ausgebaut werden. Es sei auch einmal angedacht gewesen, den Radweg an den Siegwiesen bis zum ehemaligen Rathaus weiterzuführen.

Frau Schweisfurth regt an, die Strecke barrierefrei und für Fußgänger ansprechend als Wohlfühloase zu gestalten.

Herr Hinkel führt aus, der Radschnellweg sei vergleichbar mit der Autobahn für die Kraftfahrzeuge, daher die hohen Qualitätsansprüche. In dieser Trasse sei für Fußgänger nichts vorgesehen. Aufgrund der hohen Qualität und der Schwierigkeit überhaupt eine Trasse finden zu können, stehe man derzeit bei der Machbarkeitsstudie, wo ein solcher Radschnellweg überhaupt realisiert werden könnte. Alle weiteren Planungen würden noch folgen. Für die Planung einer „Autobahn“ benötige man einen Planfeststellungsbeschluss. Er gehe nicht von einer Realisierung in den nächsten 10 Jahren aus. Aus diesem Grund wolle die Verwaltung durch die Umweltspuren im Bestand die schnelle Lösung umsetzen.

Eine Verlängerung in Eiserfeld sei angedacht gewesen. Die Büros hätten gerechnet, aber die Belastung werde nicht erreicht. Man müsse einen Radfahranteil von 2000 Fahrrädern erreichen. Dennoch sei im weiteren Verlauf nach Möglichkeiten geschaut worden.

Frau Schmidt ergänzt, da 90 % der Strecke für den Radschnellweg machbar sein müssten, sei der Cut am Eiserfelder Bahnhof gesetzt worden. Ansonsten hätte man sich insgesamt die Machbarkeit verwehrt.

⇒ *Der Bauausschuss nimmt die Vorstellung der Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg zur Kenntnis.*

26. BA 14.06.2023

5. Straßenmanagementsystem - Straßenzustandserfassung; Fortschreibung Sanierungs- und Bauprogramm für Straßen und Brücken; Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW

Vorlage Nr. VL 1428/2023

In der Vorlage werde bereits darauf hingewiesen, dass sich die Prioritätenliste nicht mit der Zustandsanalyse aus 2019 decke, so Herr Christian. Er erbitte Informationen zu den Straßen Hengsbachstraße und Maccostraße, da diese in der ursprünglichen Vorlage nicht enthalten gewesen seien.

Frau Schreiber informiert, bei der Maßnahme Hengsbachstraße handele es sich um eine Kanalbaumaßnahme von ESi. Es sei sinnvoll, die städtische Maßnahme damit zu verbinden, um eine im unteren Bereich bereits ausgeführte Maßnahme fortzusetzen. Die Strecke sei stark befahren, aufgrund neuer Häuser und vieler Kinder sei diese nicht ungefährlich. Bei der Maßnahme Maccostraße handele es sich um die der Politik bekannte Erschließung der Fa. Bresl.

Die Frage von Herrn Schulz, ob der für 2028 vorgesehene Ausbau der Hagener Straße vorgezogen werden könne, da im Rahmen des Verkehrskonzeptes nunmehr Umweltspuren geplant seien, wird von Frau Schreiber verneint. Der Ausbau der Hagener Straße verursache umfangreiche Planungen, Leitungsverlegungen und Neugestaltung, außerdem müsse ein Förderantrag gestellt werden.

Die Frage von Herrn Cziba nach den notwendigen Maßnahmen in Zusammenhang mit der Achenbacher Brücke, beantwortet Frau Schreiber dahingehend, dass auf der Achenbacher Straßenbrücke die Abdichtungen sowie ein im Rahmen einer Winterbaustelle aufgebrachter Belag erneuert werde.

Herr Dil informiert, vor einigen Jahren sei in der Maccostraße ein Haus erworben und abgerissen worden, da die Stützmauer abgängig gewesen sei. Da sich nunmehr die Fläche als Lager darstelle, frage er, ob eine Verpachtung der Fläche stattgefunden habe. Auf dem Grundstück seien Baufahrzeuge abgestellt, die Öl verlieren. Er bitte, die Situation zu prüfen.

Die Fläche sei verpachtet, man werde sich die Situation ansehen, so Frau Schreiber.

Auf Nachfrage von Herrn Jagieski zum Stand der Planung der Maßnahme Siegerner Straße, führt Herr Hinkel aus, das Startgespräch mit dem Planungsbüro habe stattgefunden.

Herr Cziba möchte wissen, wie langfristig die Prioritäten festgelegt werden und spricht die Straßenzustände der Straßen Friedrich-Friesen-Straße und Effertsufer an.

Frau Schreiber antwortet, für eine richtig strukturierte Prioritätenfestlegung seien zu viele marode Straßen vorhanden. Es liege zu viel im Argen, um ein Programm einer turnusmäßigen Erneuerung festzulegen. Die Parameter, die zur Festlegung der Prioritäten führten, seien in den Vorlagen aufgeführt. In der Friedrich-Friesen-Straße sei im vorderen Bereich eine Maßnahme vorgesehen, in der Straße Effertsufer werde man nur gemeinsam mit ESi tätig. Die Verwaltung erhalte Beschwerden, habe aber auch im Bereich des Bauhofes Personalnot, so dass es nicht möglich sei, die maroden Straßen so instand zu halten, dass keine Beschwerden mehr eingehen werden. Über Jahrzehnte seien zu wenig Mittel in den Straßenbau geflossen. Dabei habe man vergessen, dass die Straßen dennoch in der Verantwortung verbleiben. Man verfüge nicht über die notwendige Menpower, um die Straßen unterhalten zu können. Die Verwaltung habe nach Wegen gesucht, um den Zustand zu verbessern, sei aber auch durch die KAG- Diskussion ausgebremst worden. Maßnahmen müssten auch immer unter laufendem Verkehr durchgeführt werden, deshalb seien die Prioritäten „gefühlte“. Um Geld zu sparen, hätten gemeinsame Maßnahmen mit Ver- und Entsorgern erste Priorität.

Die SPD- Fraktion finde es umständlich, ein Straßen- und Wegekonzept erstellen zu müssen, um über die KAG- Beiträge Gelder zurückzuerhalten, so Herr Christian. Besser wäre ein gerader Weg.

Nach Abschluss der Aussprache verabschiedet sich Frau Schreiber aufgrund ihrer letztmaligen Gremienteilnahme vom Bauausschuss. Sie wisse den Bauausschuss in guten Händen, so dass sie beruhigt gehen könne.

Im Namen des Bauausschusses bedankt sich Herr Klein für die hervorragende Zusammenarbeit in den letzten Jahren und wünscht ihr auf ihrem weiteren Weg alles Gute und Gesundheit.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neuerfassung des Zustands für Straßen, Straßenmanagementsystem, gemäß §29 KomHVO NRW alle 10 Jahre, für das Jahr 2026.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 1 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung von Deckenerneuerungen für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 2 aufgeführte Prioritätenliste für die Abarbeitung des Bauprogramms für die Jahre 2025 bis 2029, abhängig vom Planungs- und Finanzierungsstand, sowie der Personaldecke.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die in Anlage 3 aufgeführte Prioritätenliste als Straßen- und Wegekonzept für das Kommunalabgabengesetz NRW.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. BA 14.06.2023

6. Umsetzung Wohnbaulandkonzept 2018, 111. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1401/2023

Zu Ziffer 2.6 (Siegtalstraße, Eiserfeld, ehem. Gelände Vetter) weist Herr Schulz darauf hin, dass die Fraktion Die Grünen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da Industrieflächen zu Wohnbauzwecken umgewandelt werden sollen. Er halte es für sinnvoll, diesen Punkt zu verschieben, um der Verwaltung die Möglichkeit einer Konzeptionsvorstellung zu geben. Ohne Ausblick auf die weitere Entwicklung der Fläche, halte man eine Adhoc-Entscheidung über die Umwandlung einer Industriefläche für falsch.

Herr Christian merkt zu Ziffer 2.4 (Solarsiedlung Eiserfeld) positiv an, dass das Projekt nach wie vor vorgesehen ist

In Zusammenhang mit Ziffer 2.8 (Bruchstraße, Obersetzen) sei den Anwohnern durch die Verwaltung mitgeteilt worden, dass keine Müllabholung mehr erfolgen werde, sondern die Mülleimer durch die Anwohner an die Einmündung gebracht werden sollten, so Herr Christian. Wie werde dies Bauwilligen mitgeteilt, wenn nunmehr das Baugebiet verlängert werden solle. Er bitte die Verwaltung dies zu überdenken und nach einer Lösung zu suchen.

Zu Herrn Schulz weist Herr Uhlendorf darauf hin, dass das Grundstück nach wie vor im Privateigentum der Fa. Vetter stehe. Die Firma Vetter sei vor einigen Jahren auf die Kalteiche umgezogen, da sie am alten Standort aufgrund schlechter und enger Straßen sowie Ruhestörung keine Nutzungsmöglichkeit mehr vorfinden konnte. Es sei nur folgerichtig, wenn man für eine Industriefläche, die nicht mehr als Gewerbefläche genutzt werden könne, eine andere sinnvolle Nutzung suche. Der Beirat für Stadtgestaltung habe sich mit der Thematik befasst. In Eiserfeld würden seniorengerechte Wohnungen benötigt. Diese Wohnungen sollen dort entstehen, außerdem sei ein Anteil von 30 % sozialem Wohnungsbau zugesichert worden, der ebenfalls benötigt würde. Ein solches Projekt weiter auf die lange Bank zu schieben, halte er nicht für gut. Um dem Investor Klarheit zu geben, sei die Änderung des Flächennutzungsplanes folgerichtig.

Seniorengerechtes Bauen lehne man nicht ab, man könne sich lediglich nicht vorstellen, dass sich dies mit der Eiserfelder Flanschenfabrik, bei der es sich um Schwerindustrie handele, verträge, so Herr Schulz.

Zu Ziffer 2.2 (Wellersberg) solle ein zusammenhängendes Waldstück gerodet werden. Anwohner protestierten dagegen. Herr Schulz möchte wissen, wieviel Prozent des Waldstückes von der Rodung betroffen sei. Entsprechend der Auffassung der Fraktion sehe die Beschlusslage vor den Wald zu erhalten.

Der Verwaltung sei bewusst, dass bei dem einen oder anderen Punkt Detailkenntnisse fehlten. Die Verwaltung könne die Flächennutzungsplanung jedoch mit der Bezirksregierung nur im Rahmen des Gesamtpaketes klären. Es seien Fälle enthalten, wo es zeitlich drücke, dennoch bestehe noch die Möglichkeit Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen. Werde entschieden einzelne Punkte nicht zu beraten, erfolge jedoch auch keine Aufnahme in das Flächennutzungsplanverfahren, so Herr Schumann. Die Landesplanung gebe vor, Flächen abzubauen. Kämen Flächen hinzu, müssten gleichzeitig mehr Flächen zurückgeplant werden.

Man habe bereits gehört, dass dies noch drastischer werden solle, in dem ein Großteil der Reserveflächen wieder zurückgeplant werden solle. Man könne jedoch auch nicht auf das Vorliegen des Regionalplanes bzw. des Landentwicklungsplanes warten.

Zur Fläche an der Siegtalstraße habe es einen Termin des Gestaltungsbeirates gegeben, dieser habe aber eine an der Siegseite gelegene Fläche betroffen und nicht die des ehemaligen Firmengeländes der Fa. Vetter. Auch dort sollen Wohnbauflächen entstehen, das Ganze sei aber noch nicht ausgearbeitet. Er habe dafür plädiert, eine Ausarbeitung vorzunehmen, um das Vorhaben auf beiden Straßenseiten in einer Gesamtschau zu sehen und zu beurteilen. Sollte es keine Beschlussfassung geben, komme möglicherweise das Projekt des Investors nicht zum Tragen.

Zum Thema Wellersberg sei der Verwaltung eine Rodung eines Waldes nicht bekannt. Die Verwaltung habe ein Büro mit der Erstellung des städtebaulichen Entwurfs beauftragt. Dieses werde auch die Bürgerbeteiligung durchführen. Anschließend werde gemeinsam mit der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik der Entwurf für die Fläche ausgearbeitet. Ziel der Verwaltung war der Erhalt der grünen Kuppe, so Herr Schumann.

Der Gestaltungsbeirat habe sich gegen die Optik ausgesprochen. Nur weil der Investor mit schönen Worten spiele und möglicherweise auf der Fläche eine Kita entstehen solle, dürfe die Fläche nicht so gestaltet werden, nur um maximalen Profit zu erzielen, so Herr Dr. Münch.

Im Gestaltungsbeirat habe der Entwurf für die an der Flussseite gelegene Fläche vorgelegen, wo derzeit bereits Wohnbebauung vorhanden sei. In der Vorlage gehe es um Flächen der ehemaligen Firma Vetter auf der anderen Straßenseite. Hier gebe es noch keinen Entwurf, sondern nur Zielaussagen, so Herr Schumann.

Frau Krippendorf präzisiert, dass die Flächennutzungsplanung auf einer Maßstabsebene von 1:10000 oder 1:15000 basiert und es noch um keine konkreten Bauvorhaben geht. Im weiteren Verfahrensverlauf, wenn es um Bebauungspläne gehe, stehe man weiter in der Pflicht, gute Lösungen von den Investoren zu fordern und diese in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen festzulegen. Der Verwaltung gehe es hierbei um eine Art Vorratshaltung, um in den nächsten Jahren handlungsfähig zu bleiben. Vorbereitende Bauleitplanung schaffe lediglich die Voraussetzung, um in eine konkrete Planung einzusteigen.

Eine beschlossene Flächennutzungsplanung stelle immer eine Willensbekundung dar, so Herr Cziba. Zu begrüßen sei die Rücknahme von 14 ha Wohnbauflächenerwartung. Seine Fraktion habe dies immer kritisch gesehen, so große Flächen langfristig für Wohnungsbau vorzusehen. Es würde Flächen benötigt, aber nicht so viele. Man müsse auch weiterhin den Druck auf den Gebäudebestand erhalten, um diesen vernünftig zu nutzen und umzunutzen. Die Rücknahme der 14 ha sei ein sinnvolles Signal und folge den Vorgaben der Regionalplanung.

Zum Wellersberg erschließe sich ihm unter N 1 nicht, dass oberhalb der Herderstraße ein Stück Wald zurückgenommen werde, so Herr Cziba.

Für die notwendige Erschließung werde Platz benötigt. Dies sei am besten mit einer Wohngebietsausweisung möglich. Im Rahmen des Konzeptionsbeschlusses sei die Fläche aufgenommen worden, um den Siedlungsraum zusammenzulegen. Regionalplanerische Vorgabe

sei, keine Splittersiedlungen zu entwickeln. Daher war es der Verwaltung konzeptionell wichtig, den Straßenraum auf beiden Seiten zu flankieren, so Frau Krippendorf.

Herr Uhlendorf bestätigt die Kritik im Gestaltungsbeirat, weist aber darauf hin, dass es sich um einen Vorentwurf gehandelt habe. Der Investor habe Veränderungen zugesagt. Jedes Projekt und jedes Invest sei und müsse auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sein und dafür werde auch eine gewisse Größe der Bebauung benötigt.

Die Volt- Fraktion könnte zwar bei den meisten Punkten der Vorlage zustimmen, erfolge jedoch die Abstimmung „im Bündel“, so werde er dagegen stimmen, so Herr Welter. Die Ergänzung mit dem Waldstück sei für seine Fraktion überraschend.

Der Verwaltung sei bewusst gewesen, dass es bei einigen Punkten Diskussionsbedarf gebe und habe den Punkt 2 so aufgebaut, dass man theoretisch über die Punkte einzeln abstimmen könne, so Frau Krippendorf. Gegebenenfalls könne über die Punkte der Vorlage – außer Wellersberg und Siegtalstraße – gesamt und über die Punkte 2.2 Wellersberg und 2.6 Siegtalstraße einzeln abgestimmt werden.

Herr Klein nimmt den Vorschlag auf und stellt die Beschlussvorschläge der Vorlage - ohne die der Ziffern 2.2 und 2.6 - im Gesamten und die Beschlussvorschläge zu 2.2 und 2.6 einzeln zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Anpassung des Flächennutzungsplanes an den Bebauungsplan Nr. 355 „Bürbacher Giersberg“ vorzunehmen, sowie folgende Flächenreserven im Wohnbaulandkonzept 2018 im Flächennutzungsplan in Freiraumnutzungsarten umzuplanen.
 - Bürbach_1 (nicht empfehlenswert)
 - Bürbach_3 (nicht empfehlenswert)
 - Eiserfeld_2 (nicht empfehlenswert)
 - Eiserfeld_2_Süd, teilweise (mittlere Priorität, an Baugebietsentwicklung angepasst)
 - Eiserfeld_6, teilweise (nicht empfehlenswert)
 - Langenholdinghausen_3 (hohe Priorität, nicht realisierbar, Ratsbeschluss vom 15.12.2020)
 - Gosenbach_2, teilweise (niedrige Priorität, an mögliche Baugebietsentwicklung angepasst)
 - Niederschelden_2 (nicht empfehlenswert)
 - Niederschelden_3 (nicht empfehlenswert)
 - Niederschelden_4, überwiegend (mittlere Priorität, nicht realisierbar)
 - Siegen_4a (nicht empfehlenswert)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Aufstellung der 111. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen gemäß § 2 (1) BauGB und beauftragt die Verwaltung, die landesplanerische Abstimmung gemäß § 34 (1) LPlG und die notwendigen Verfahrensschritte, insbesondere die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.1 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes folgende Rücknahme von Wohnbauflächen umfasst:

111.R1: Giersberg 1, Gemarkung Bürbach
111.R2: Giersberg 2, Gemarkung Bürbach
111.R3: Am Hengsberg, Gemarkung Eiserfeld
111.R4: Am Altenberg, Gemarkung Langenholdinghausen
111.R5: Am Stein 1, Gemarkung Gosenbach
111.R6: Am Stein 2, Gemarkung Gosenbach
111.R7: Schürfweg, Gemarkung Niederschelden
111.R8: Charlottental, Gemarkung Siegen

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.2 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N1: Wellersberg, Gemarkung Siegen**“ sowie die **Angleichungsfläche 111.A1** umfasst.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen (AM Welter/ Volt), 3 Enthaltungen (Stv Cziba, Stv Mäckeler, Stv Schultz/ Die Grünen)

Beschlussvorschlag:

- 2.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N2: Giersberg, Gemarkung Bürbach**“ sowie die **Angleichungsfläche 111.A2** umfasst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.4 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N3: Solarsiedlung, Gemarkung Eiserfeld**“ umfasst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.5 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N4: Sandhalde, Gemarkung Niederschelden**“ umfasst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.6 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N5: Siegtalstraße, Gemarkung Eiserfeld**“ umfasst.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 3 dagegen (Stv Cziba, Stv Mäckeler, Stv Schultz/ Die Grünen, 2 Enthaltungen (Stv Dil/ Die Linke, AM Welter/ Volt)

Beschlussvorschlag:

- 2.7 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N6: Am Lehnhof / Sportplatz, Gemarkung Birlenbach**“ umfasst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- 2.8 Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die 111. Änderung des Flächennutzungsplanes die Neuausweisung der Wohnbaufläche „**111.N7: Bruchstraße, Gemarkung Obersetzen**“ umfasst.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. BA 14.06.2023

7. Bebauungsplan Nr. 328 „Breslauer Straße“ im Stadtteil Siegen

Hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss der Aufstellung als Bebauungsplan der Innenentwicklung
- Beschluss der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplans gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Vorlage Nr. VL 1341/2023

Grundsätzlich begleite man die Bebauung der Breslauer Straße positiv, aber man wolle auf Probleme hinweisen. Sehe man sich die geologischen Gutachten und die Vorschläge für die Gründung an und gehe man davon aus, dass Doppel- oder Reihenhäuser errichtet werden sollen. Diesbezüglich müsse man sich über eine sinnvolle Realisierung der Gründung Gedanken machen. Dem neueren Bodengutachten liege der falsche Lageplan zugrunde. Da keine Übereinstimmung mit dem Bebauungsplan vorliege, bitte er dies zu überprüfen, so Herr Cziba.

Der Bebauungsplan setze die Rahmenbedingungen wie gebaut werden könne fest und gebe Hinweise über Themen, die im Rahmen der konkreten Planung beachtet werden müssen. Über die Gründung habe man sich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Gedanken gemacht. Mit den Gutachten stehe aber fest, dass eine besondere Anforderung erfüllt werden müsse. Man sei Eigentümer und werde gemeinsam mit der KEG Lösungen finden, so Frau Krippendorf.

Das Gutachten sei auf Basis der Konzeption aus 2020 erstellt worden. Im Nachhinein sei das Baufeld noch etwas verändert worden. Der Lageplan zum neueren Gutachten stimme somit nicht 1:1 überein, die Ergebnisse seien aber übertragbar, auch wenn im Nachgang das Baufeld angepasst worden sei, so Herr P. Schneider.

Die Schaffung von Wohnungen sei wichtig. Er vermisse aber Richtungsweisendes für die Zukunft. Bei den Stellplätzen sei 1 Stellplatz/ WE vorgesehen. Es bestehe die Gefahr, dass die Straßen mit Autos zugeparkt werden, weil keine ausreichenden Stellflächen zur Verfügung stehen. Seines Erachtens sollte ein neues Baugebiet möglichst klimaneutral geplant und bebaut werden, so dass sich für die ihn die Frage stelle, ob man zu Solaranlagen verpflichten könne. In Zusammenhang mit der Erfüllung des neuen EEG und der Frage der Beheizung fehle ihm eine Konzeptionsfestlegung, so Herr Schulz.

Herr P. Schneider und Frau Krippendorf gehen auf die Detailfragen ein und beantworten diese abschließend.

Herr Cziba hält eine saubere Planung und ein abgestimmtes Bauen im Sinne der Erwerber für wünschenswert, vor allem im Bereich der Reihen- und Doppelhausbebauung. Dadurch könnten Kosten eingespart werden. Es sei auch an der Zeit qualifiziertes Recyclingmaterial zu nutzen.

Er habe positiv zur Kenntnis genommen, dass man einen Materialkonsens anstrebe und störende Materialien ausschließe. Was Solaranlagen angehe, sollte man überlegten regenerati-

ven Maßnahmen gegenüber improvisierten Solaranlagen an Balkonen den Vorzug geben. Die improvisierten Maßnahmen beschädigten das Siedlungsbild, so Herr Welter.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die

- Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 328 „Breslauer Straße“ gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung
- öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplans Nr. 328 " Breslauer Straße“ mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Anlage 2 und 3).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (AM Welter/ Volt)

26. BA 14.06.2023

8. Leitungsgebundene Trinkwasserspender für die kostenlose Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit frischem Trinkwasser

Vorlage Nr. VL 1395/2023

Herr Klein fasst aus der vergangenen Sitzung zusammen, dass eigentlich Einigkeit bestanden habe, der Verwaltungsvorlage zu folgen. Da dies konträr zu den Vorstellungen der Fraktion Die Linke gestanden habe, sei die Vorlage zunächst für eine erneute Beratung in der Fraktion zurückgestellt worden und stehe nunmehr erneut auf der Tagesordnung.

Herr Dil informiert, seine Fraktion habe sich erneut beraten und werde der Verwaltungsvorlage nicht folgen. Seiner Fraktion sei für die Schüler- und Schülerinnen die Wahlmöglichkeit zwischen gekühltem, stillem oder gesprudeltem Wasser wichtig. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Armaturen gäben nur Leitungswasser aus, welches im Sommer voraussichtlich aufgrund der langen Leitungswege lauwarm sein werde. Ein Schulgebäude sei mit einem Einfamilienhaus nicht vergleichbar. Auch wenn die Leitungen alle vier Stunden aufgrund des Stagnationswassers gespült würden, fehle ihnen immer noch die Wahlmöglichkeit.

Man könne den Durst auch mit diesem Konzept stillen, so Herr Christian. Er bezweifle, dass das Wasser lauwarm aus der Leitung fließe. Man müsse sicher etwas länger Wasser laufen lassen, dass müsse man zu Hause auch.

Herr Uhlendorf schlägt als Kompromiss vor, 1-2 große Schulen als Modellschulen mit den Großgeräten auszustatten und ein Jahr lang zu testen, um festzustellen, ob die Geräte angenommen werden. Im Anschluss könne ein Resümee gezogen und gegebenenfalls weitere Schulen nach und nach ausgestattet werden.

Der Vorschlag sei bereits in der letzten Beratung thematisiert worden, so Herr Cziba. Haushaltsmittel seien vorhanden, man könne es im Rahmen eines Modellprojektes ausprobieren, aber in der Masse seien die vorgeschlagenen Wasserhähne ausreichend.

Er habe Herrn Uhlendorf so verstanden, dass das Modellprojekt alternativ sein solle, so Herr Klein. Hier müsse man sich verständigen.

Er könne den Vorschlag akzeptieren, zusätzlich zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Trinkbrunnen entsprechende Geräte in verschiedenen Schulen zu installieren. Es stelle sich jedoch für ihn die Frage der gleichberechtigten und gerechten Verteilung. Wasser sei ein gut kontrolliertes Lebensmittel und vor allem im Siegerland von hervorragender Qualität. Dieses Gefühl komme jedoch heutzutage bei den jungen Menschen nicht mehr an. Er halte es konzeptionell in den Schulen für wichtig, dies wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Es gebe Länder auf dieser Welt, wo dies nicht der Fall sei und man weite Wege gehen müsse, um Wasser zu erhalten. Die Diskussion über gekühltes oder gesprudeltes Wasser halte er für sehr abgehoben, so Herr Schulz.

Er habe sich bereits in der letzten Sitzung für das leitungsgebundene System ausgesprochen, könne sich aber zusätzlich die Aufstellung der Geräte als Pilotprojekt an einigen Schulen vorstellen. Er frage jedoch, ob die Thematik mit den Lehrkräften besprochen und die Schulleitungen eingebunden seien, so Herr W. Schneider. Bei den leitungsgebundenen Systemen sehe er das Problem der Hygiene, vor allem im Grundschulbereich. Hygiene habe in den letzten Jahren eine große Rolle gespielt.

Herr Wiezorek trägt vor, die Verwaltung habe sich intensiv mit der Thematik beschäftigt. Das Wasser sei das meistgeprüfte Lebensmittel, somit sei die Qualität des Wassers aus Wasserleitungen unproblematisch. Das Temperaturproblem stelle sich aufgrund der regelmäßigen Spülung in der Regel nicht. Die Variante, alternativ zusätzlich einen Wasserspender aufzustellen, sei machbar, ein Erkenntnisgewinn ergebe sich dadurch jedoch nicht. Letztendlich sollte man neben den Anschaffungskosten auch die laufenden Betriebskosten über die Jahre nicht aus dem Auge verlieren. Mit den Schulleitungen sei noch nicht gesprochen worden, da zunächst der Grundsatzbeschluss über das einzubauende System vorliegen sollte. Es werde mit den Schulen geklärt, wer Wasserspender haben wolle und wo ein solcher eingebaut werden solle. Bei 50 Wasserspendern würde der zusätzliche Einbau der Geräte noch einmal Kosten in Höhe von 200.000 Euro in 15 Jahren verursachen. Der vorgeschlagene Verwaltungsvorschlag mit einem Wasserhahn, der nach unten strahle, so dass man ein Gefäß unterstellen könne, sei die beste und hygienischste Lösung. Bisher habe es hinsichtlich der Hygiene keine Trinkwasserprobleme gegeben, auch nicht bei den stattgefundenen regelmäßigen Überprüfungen des Gesundheitsamtes.

Er habe mit einigen Schulleitungen gesprochen, dort werde das Problem gar nicht gesehen, so Herr Schumann. Die Schüler- und Schülerinnen füllten auch derzeit ihre Flaschen am Wasserhahn auf. Er teile nicht die Auffassung, dass kein Leitungswasser mehr getrunken werde und appelliere dafür, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Die Folgekosten seien extrem, bei der Frage, welche Schulen mit Geräten ausgestattet werden, komme es nur zu Unfrieden.

Nach der geführten Diskussion neigt Herr Christian dazu, keine zusätzlichen Geräte an verschiedenen Schulen zu installieren. Es sei unklar wie das Ergebnis des Pilotprojektes eruiert werden könne und es bringe nur Unfrieden.

Frau Schweisfurth schließt sich den Vorrednern an. Nachhaltigkeit sei wichtig, die Kinder müssten in diesem Zusammenhang sensibilisiert werden. Hochwertiges Leitungswasser sei vorhanden.

Es könne nicht der Ehrgeiz sein, vermeintlich vorhandene Geldmittel auszugeben, sondern es gehe darum einen Bedarf zu decken, so Herr Schwarzer. Was die Trinkwasserqualität angehe, sei Deutschland weit vorne. Was die Wasserspender angehe, habe die Verwaltung alles vorgetragen. Er spreche sich dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen.

Wenn sogar die Schulen die Problematik nicht sehen, sollte man sich für das leitungsgebundene System entscheiden. In dem Fall stehe er zu seiner Aussage in der letzten Sitzung, dass Leitungswasser ausreichend sei, so Herr W. Schneider.

Für ihn ergebe sich die Frage, ob man den Sachargumenten oder dem Haushaltskompromiss verpflichtet sei, so Herr Pfeifer. Abgesehen von der Fraktion Die Linke bestehe bei den Sachargumenten Einigkeit.

Man habe im Rahmen der Verhandlungen vereinbart, dass die Verwaltung einen Vorschlag unterbreite, was durch die Verwaltungsvorlage erfolgt sei, so Herr Klein. Er habe kein Problem damit, zunächst über die Verwaltungsvorlage und wenn darüber Einverständnis besteht, über das Modellprojekt an 1- 2 größeren Schulen abstimmen zu lassen.

Herr Cziba regt an, sich auf 3 Schulen als Modellprojekt zu einigen. Welche Schulen für das Modellprojekt ausgewählt wird, könne die Verwaltung im Rahmen ihrer Hoheit selbst entscheiden bzw. durch eine Befragung klären. Kostenmäßig ufer dies nicht aus und man könne Erfahrungen sammeln.

Herr Klein ergänzt, unter der Voraussetzung, dass der Bedarf an solchen Großgeräten bei den Schulen überhaupt besteht.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die kostenlose Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit frischem Trinkwasser über einen Wasserhahn mit Ausguss-/Waschbecken sicherzustellen.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 1 dagegen (Stv Dil/ Linke, 1 Enthaltung (AM Welter/ Volt))

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt im Rahmen eines Modellprojektes an 3 Schulen leitungsgebundene Wasserspender zu installieren, unter der Voraussetzung, dass die Schulen die Aufstellung dieser Großgeräte wünschen. Die Verwaltung klärt, in welchen Schulen das Pilotprojekt durchgeführt wird.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 8 dagegen, 2 Enthaltungen (Stv Heupel/ GfS, AM Welter/ Volt)

26. BA 14.06.2023

9. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Krippendorf informiert, dass Landesentwicklungsplan seit heute bis zum 21.07.2023 öffentlich ausliegt und die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange Stellung nehmen können. Die Frist ende in den Sommerferien und somit außerhalb der Möglichkeit, eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Seitens der Verwaltung werde eine Informationsvorlage zur Ratssitzung am 20.06.2023 vorbereitet, damit zumindest in einer Kurzzusammenfassung ein Überblick gegeben werde. Die Verwaltung gebe die Stellungnahme fristgerecht ab, sofern ein Antrag auf Fristverlängerung abgelehnt werde. Die endgültige Stellungnahme werde die Verwaltung dann zum späteren Zeitpunkt zur Kenntnis geben.

⇒ *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.*

26. BA 14.06.2023

gez. Klein
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

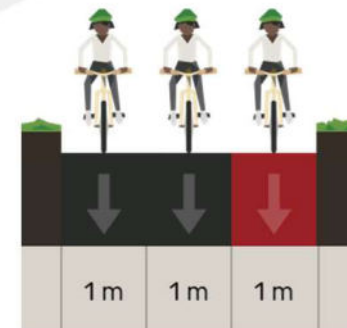
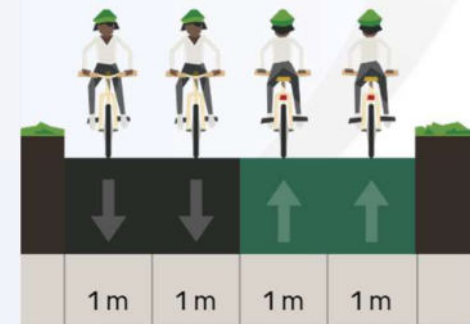
Machbarkeitsstudie Radschnellweg Kreuztal - Siegen

Bauausschuss Stadt Siegen,
14. Juni 2023, 17 Uhr

Radschnellverbindungen



- Hohes Radverkehrsaufkommen abwickeln
- Radwegeverbindungen mit eigenständiger regionaler Verkehrsbedeutung
- > 2.000 Radfahrende täglich
- Reisegeschwindigkeit von 20 km/h
- 4 Meter breit bzw. 3 Meter Einrichtung
- Rad- u. Fußverkehr getrennt
- Hohe Belagsqualität
- Steigungen max. 6 %



Steckbrief Machbarkeitsstudie

- Qualität im Längsverkehr
 - 15,1 km gesamt; 14,7 km RSV-Qualität
- Qualität im Querverkehr
 - 22 KP, 5 mit Zeitverlusten > 20 Sek., Reisegeschwindigkeit 23 km/h, 40 Min.
- Handlungsbedarf
 - 17 KP, 10 Sonderbauwerke, Aufständierungen/Auskragungen, Ausbau- u. Neubau, Fahrradstraßen
- Kosten
 - 50,2 Mio. €; Pro KM 3,3 Mio. €, Kosten-Nutzen-Faktor positiv

Führungsformen



Gestaltung von Knotenpunkten

Über- und Unterführungen



Zeitverlust: 0 Sekunden

Minikreisverkehr



Zeitverlust: 10 Sekunden

Vorfahrt für den Radverkehr



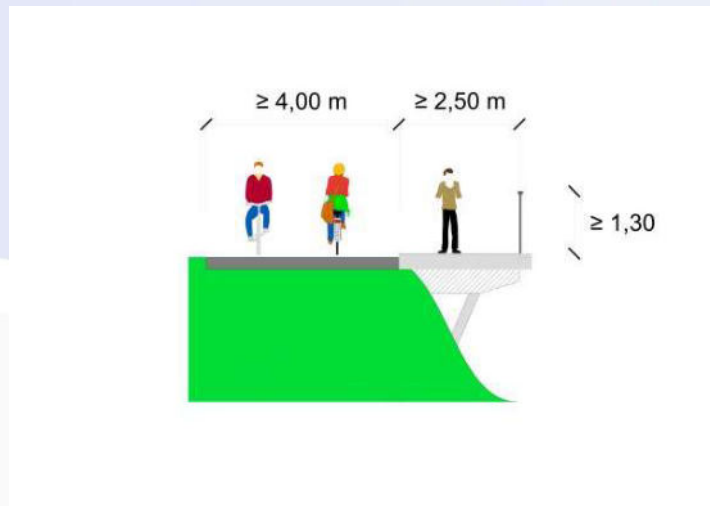
Zeitverlust: 0 Sekunden

Signalisierte Kreuzung



Zeitverlust: ca. 30 Sekunden

Auskragungen - Aufständerungen



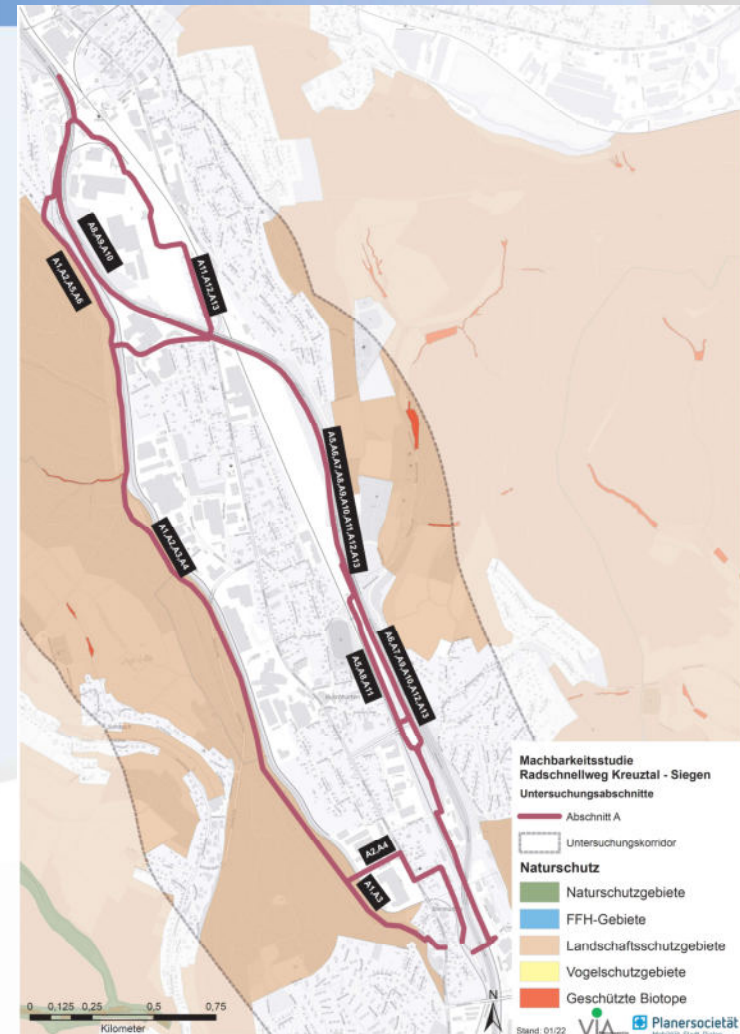
Variantenvergleich

- 6 Abschnitte von Kreuztal Mitte bis Siegen-Eiserfeld
- 27 Varianten innerhalb der Abschnitte
- Vorzugstrasse ermittelt
 - Betrachtung von Luftbildern
 - Zusammenführung der Analysen (Karte) - Ableiten von Strecken u. Alternativlösungen
 - Befahrung potenzieller Strecken u. alternativer Verläufe



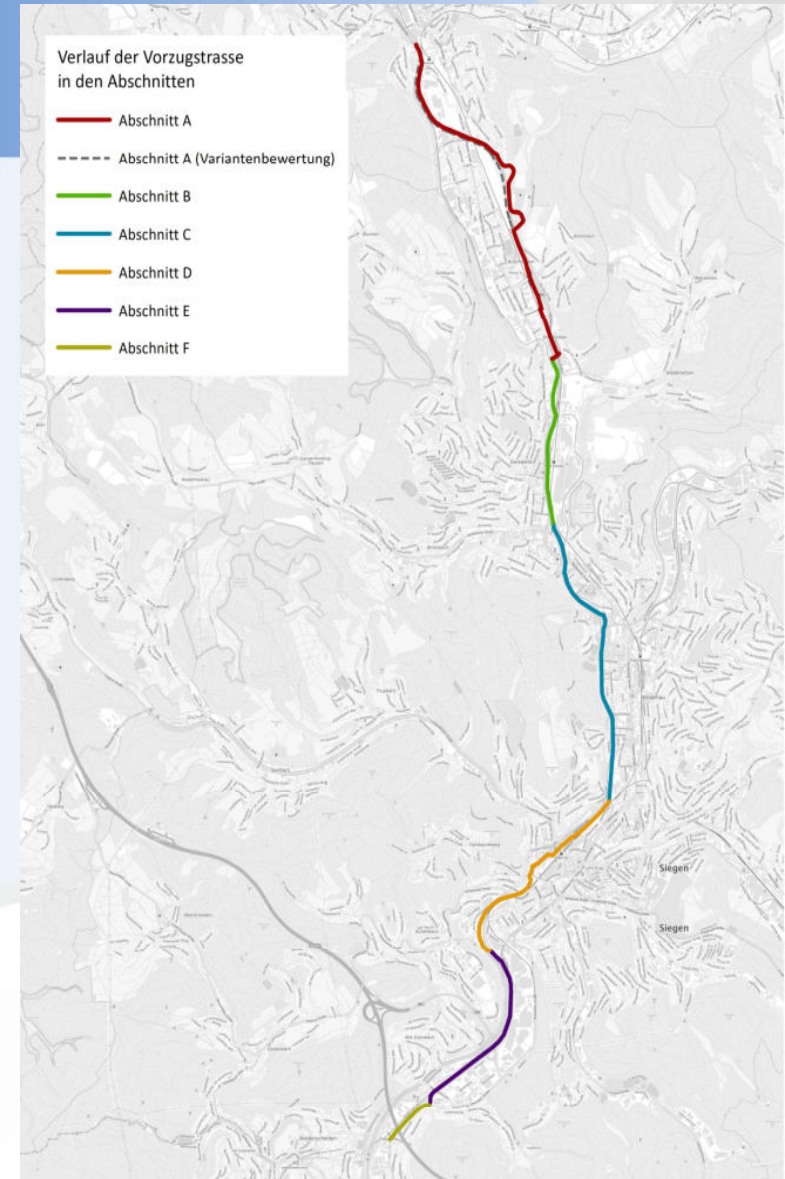
Bewertungskriterien - Handlungsaufwand

- Anzahl neuer Ingenieurbauwerke (ggf. nach Länge differenziert)
- Handlungsbedarf auf der Strecke (Aus-/Neubau)
- Naturschutz: Schutzgebiete (Einzugsbereich von 50 m rund um die Trassenvarianten)
- Eigentumsverhältnisse: Beachtung von öffentlichen und nicht-öffentlichen Flächen

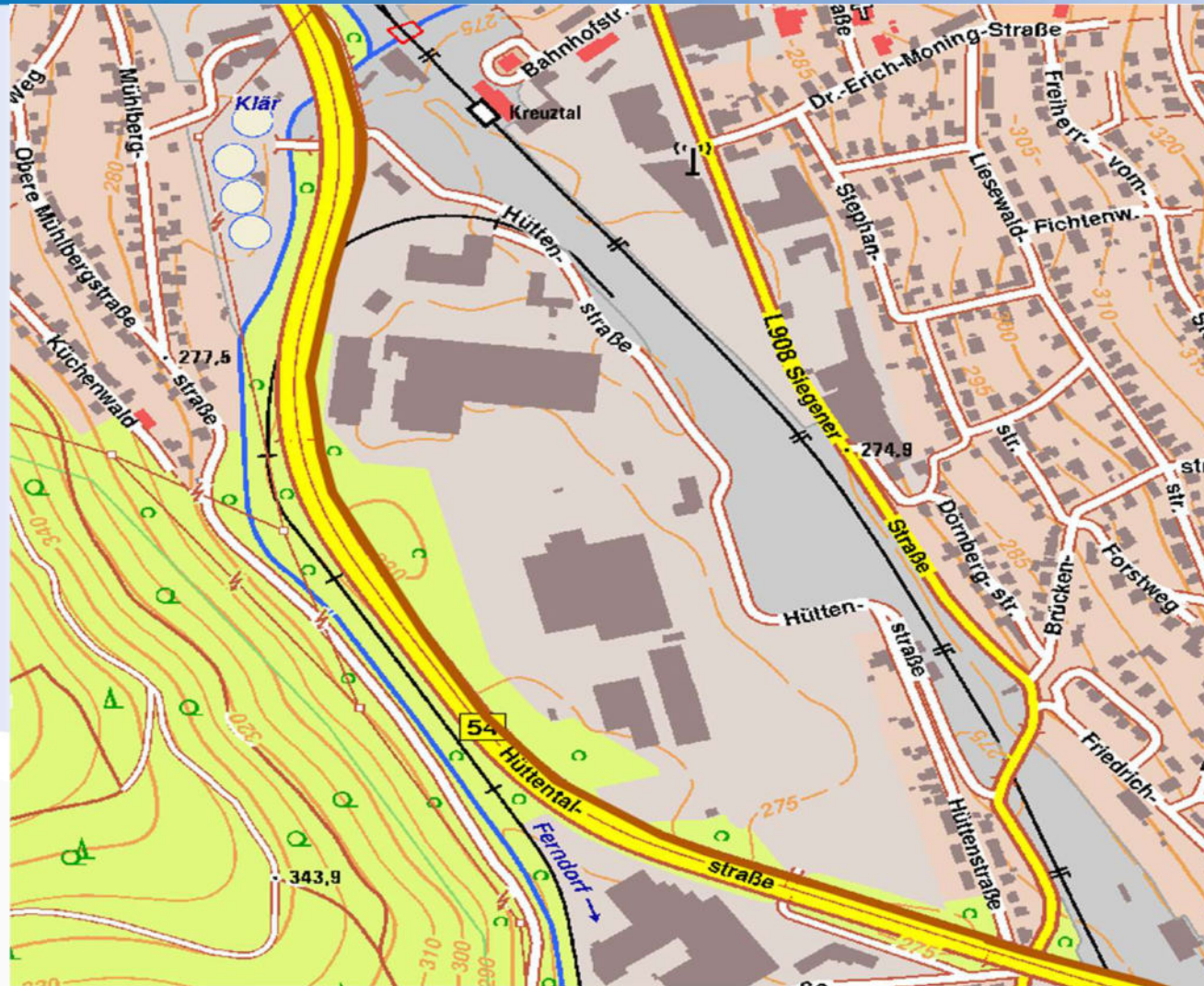


Vorzugstrasse

- A Schwarzer Weg bis Ferndorfsteg
- B Ferndorfsteg bis Stahlwerkstraße
- C Stahlwerkstraße bis Heeserstraße
- D Heeserstraße bis A. d. Schemscheid
- E A. d. Schemscheid bis Eiserfelder Straße
- F Eiserfelder Straße (Grabettstraße bis Höhe Bahnhof Eiserfeld)



A: Kreuztal Start – HTS Verlauf



Abschnitt A - Kreuztal



Brücke Littfe – Anschluss Schwarzer Weg



Böschungsverlauf HTS

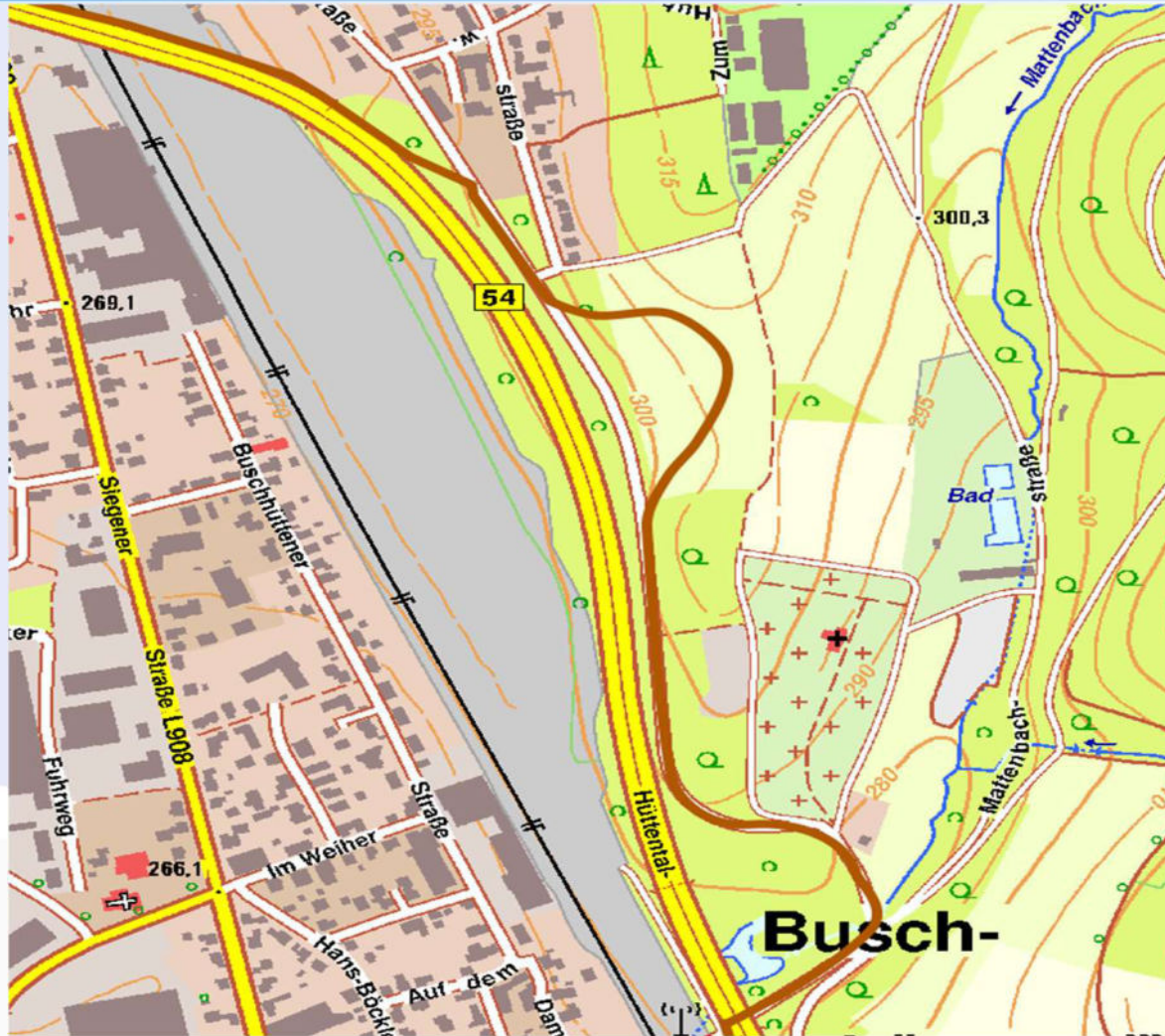


Höhenniveau HTS (Rampe) – Höhe Kläranlage



Böschungsverlauf – HTS Richtung Siegen

A: Kreuztal – Querung Rangierbahnhof - Anschluss Buschhütten



Kreuztal – Neubau Brücke über Siegenger Straße und Bahngleise

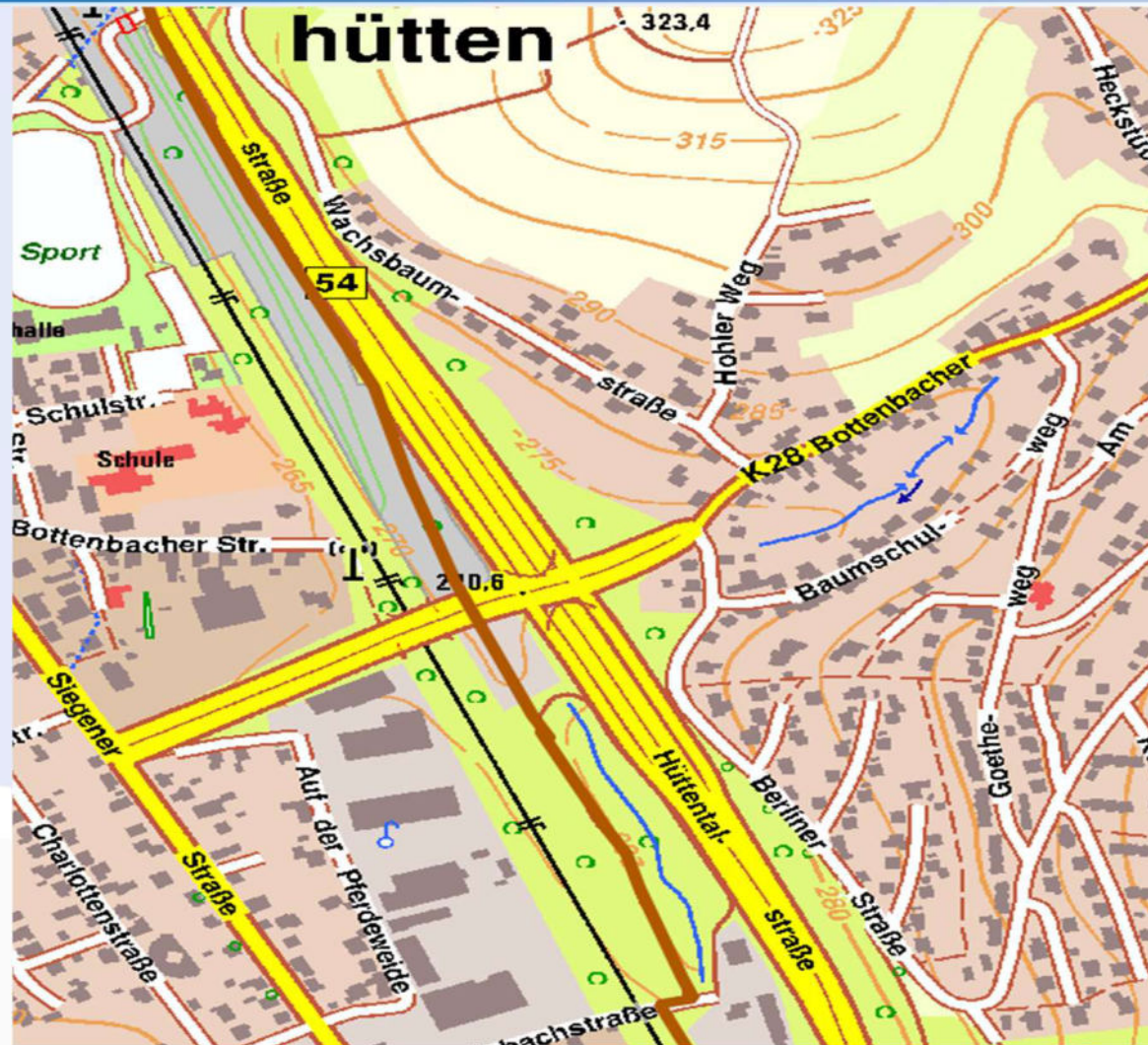


Neubau Brücke Siegenger Straße/Rangier/Güterbahnhof (450 Meter)

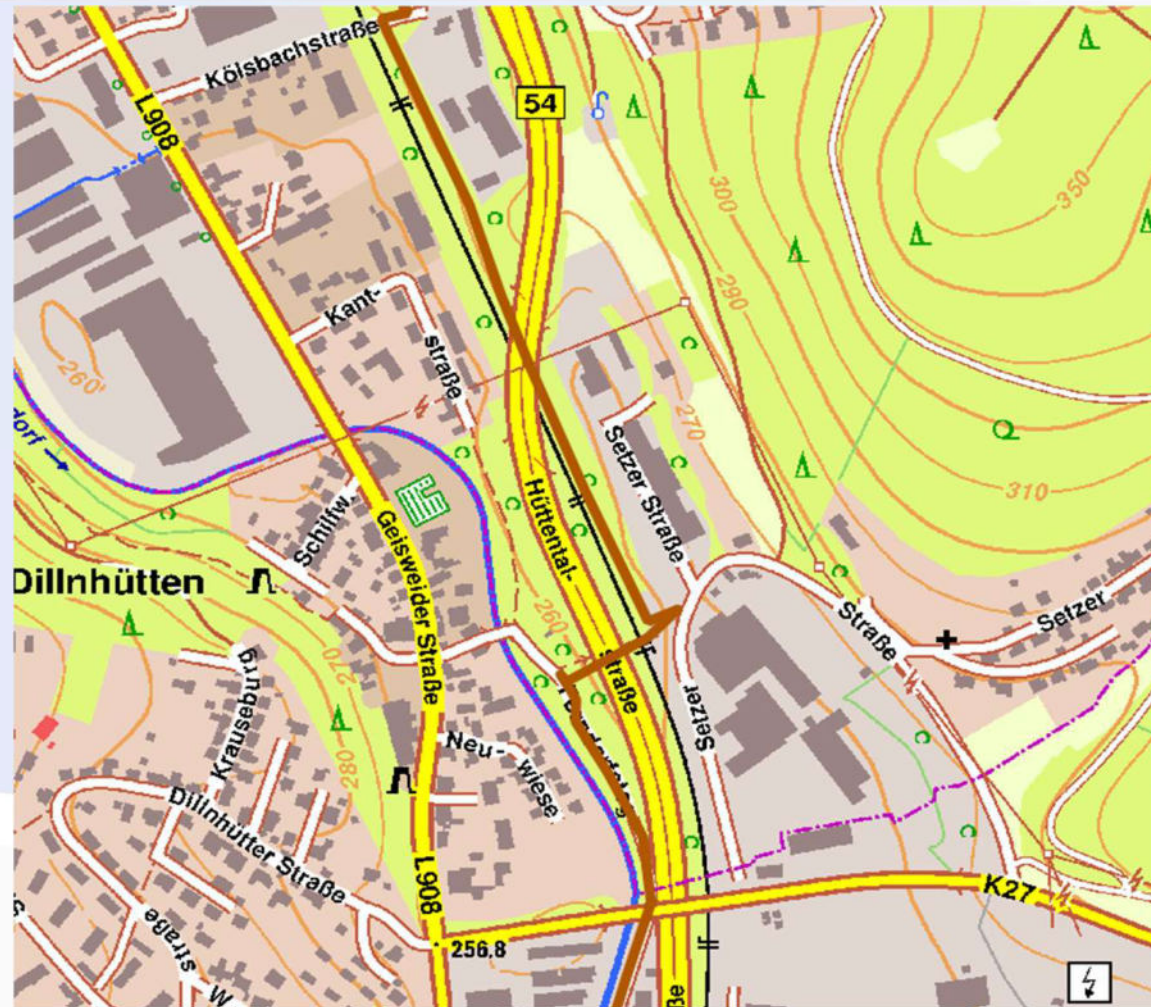


Rampe – Mattenbachstraße – Aufständigung RSV im Böschungsbereich

Buschhütten Richtung Geisweid



Kölsbachstraße - Richtung Setzer Straße



Wegeführung zur Unterführung Kölsbachstraße – Setzer Straße



Umbau der Unterführung (Knotenpunkt) – Verbreiterung – direkte Zufahrt

Ferndorfsteg - Ri. Kläranlage Buschhütten



Einrichtung Fahrradstraße
auf dem Ferndorfsteg



Neubau RSV auf dem Gelände
der Kläranlage Buschhütten

Abschnitt B: Kläranlage – Fa. Beewen



B: Überbrückung Beewen, Ferndorf, Obere Kaiserstraße an HTS



Auskragung RSV an HTS zur Querung Fa. Beewen, Ferndorf, Obere Kaiserstraße – hoher Aufwand!

Alternativ-Variante Geisweider Straße – Qualitätsstandard RSV nicht möglich

B/C: Radweg unterhalb der HTS



Rampe auf Straßenniveau



Bevorrechtigung und Parkplatzrücknahme

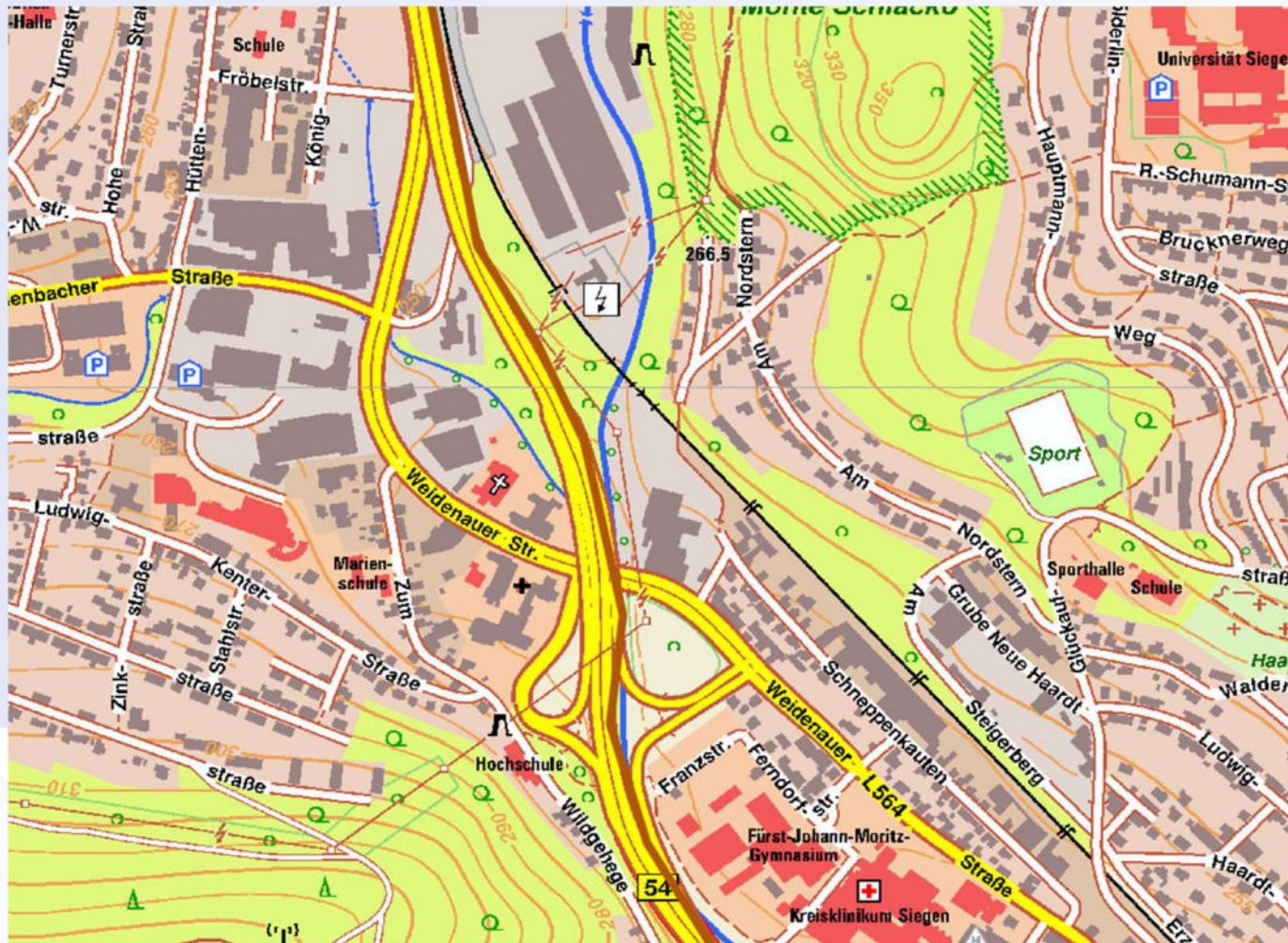


Fahrradstraße HTS – Ausbau



Rücknahme Parkplätze - Neuordnung

Abschnitt C: Höhe Weidenau Klinik - Gymnasium



C: Höhe Weidenau Klinik und FJM



Optimierung LSA – Weidenauer Straße

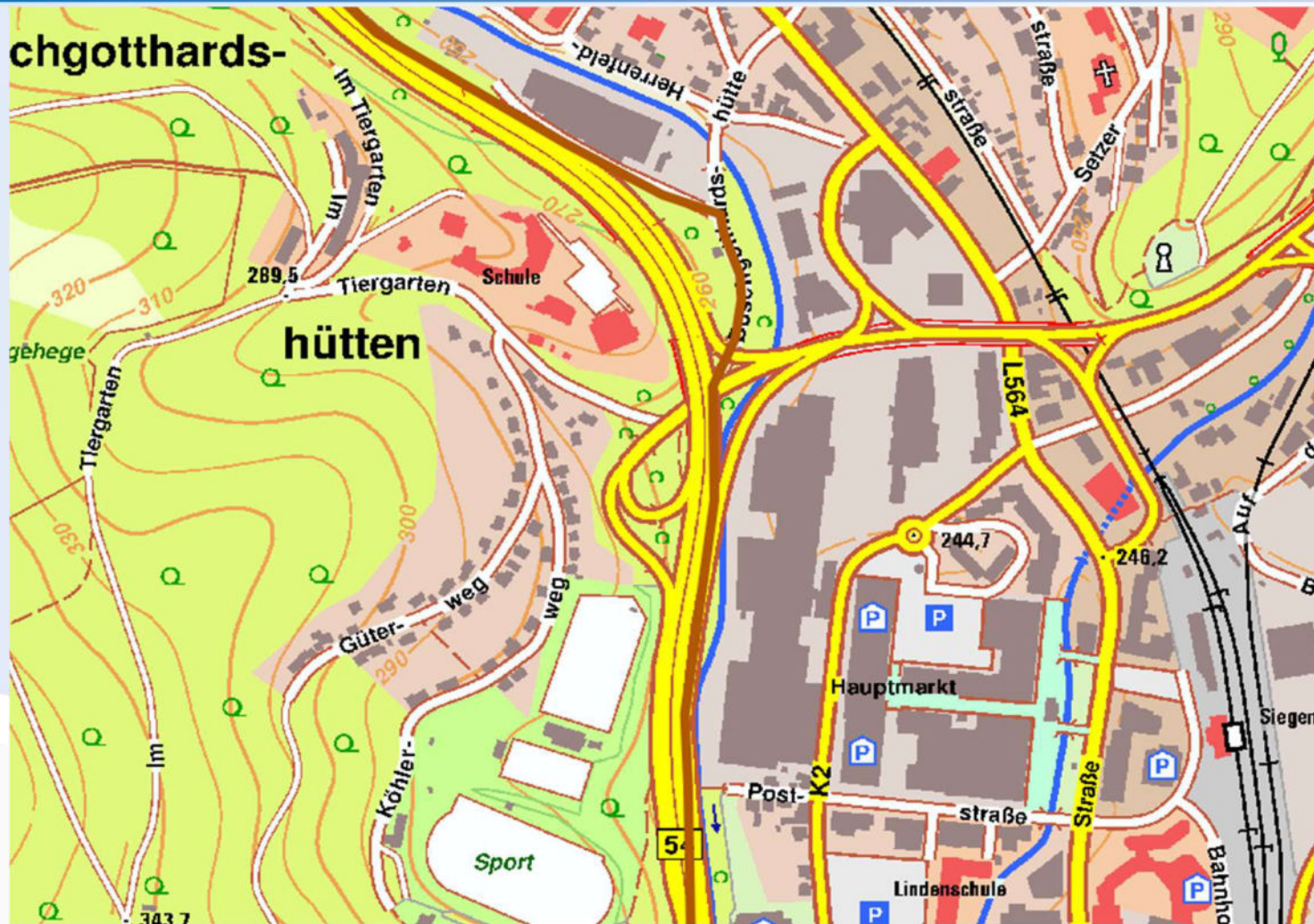


Fußweg ergänzen – Richtung Klinikum



Aufständigung im Böschungsbereich (Pfeiler) – Ri. Rampe Boschgotthardtshütte

C: Boschgotthardshütte



C: Boschgotthardshütte

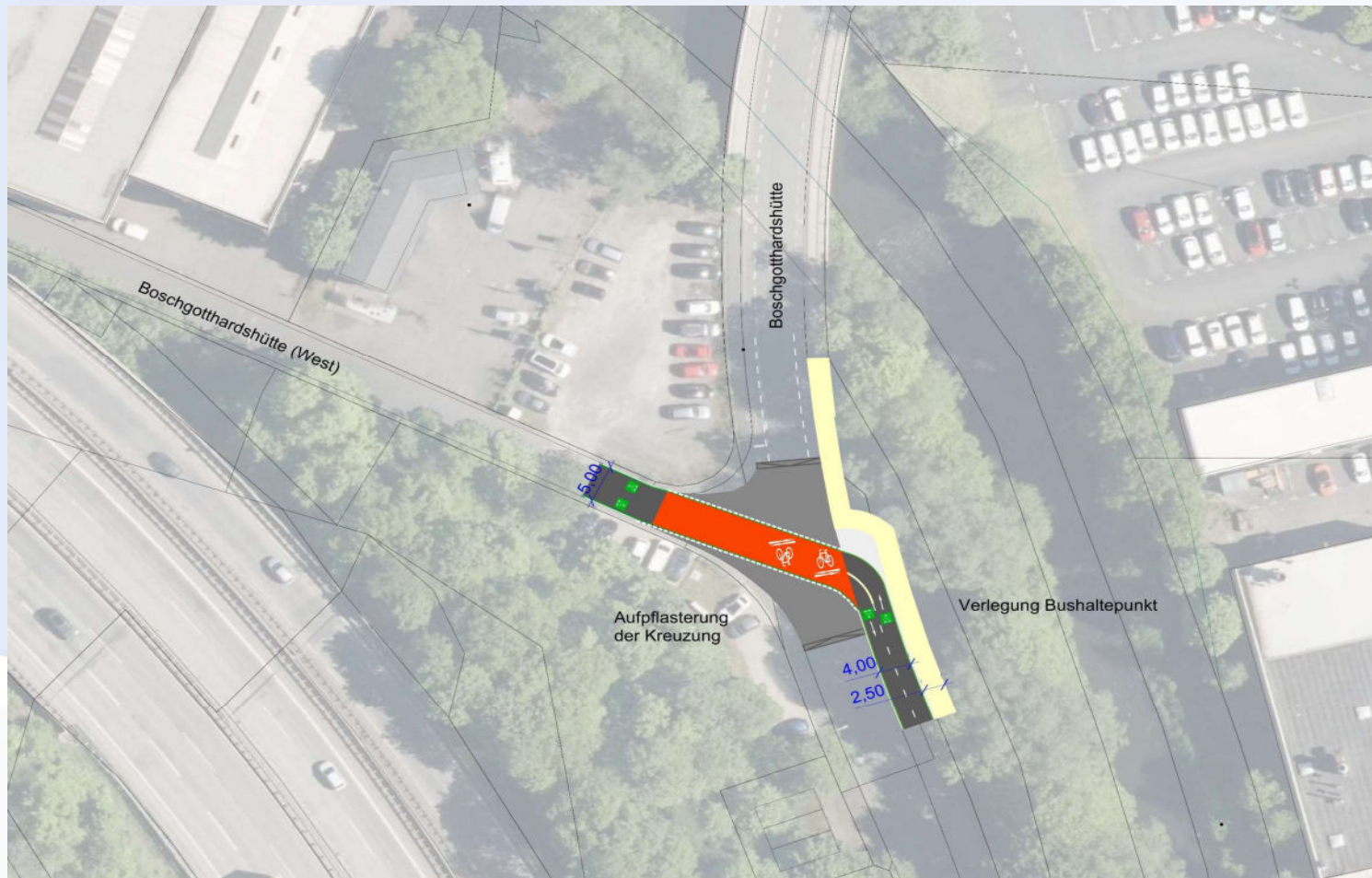


Fahrradstraße (Boschgotthardshütte)

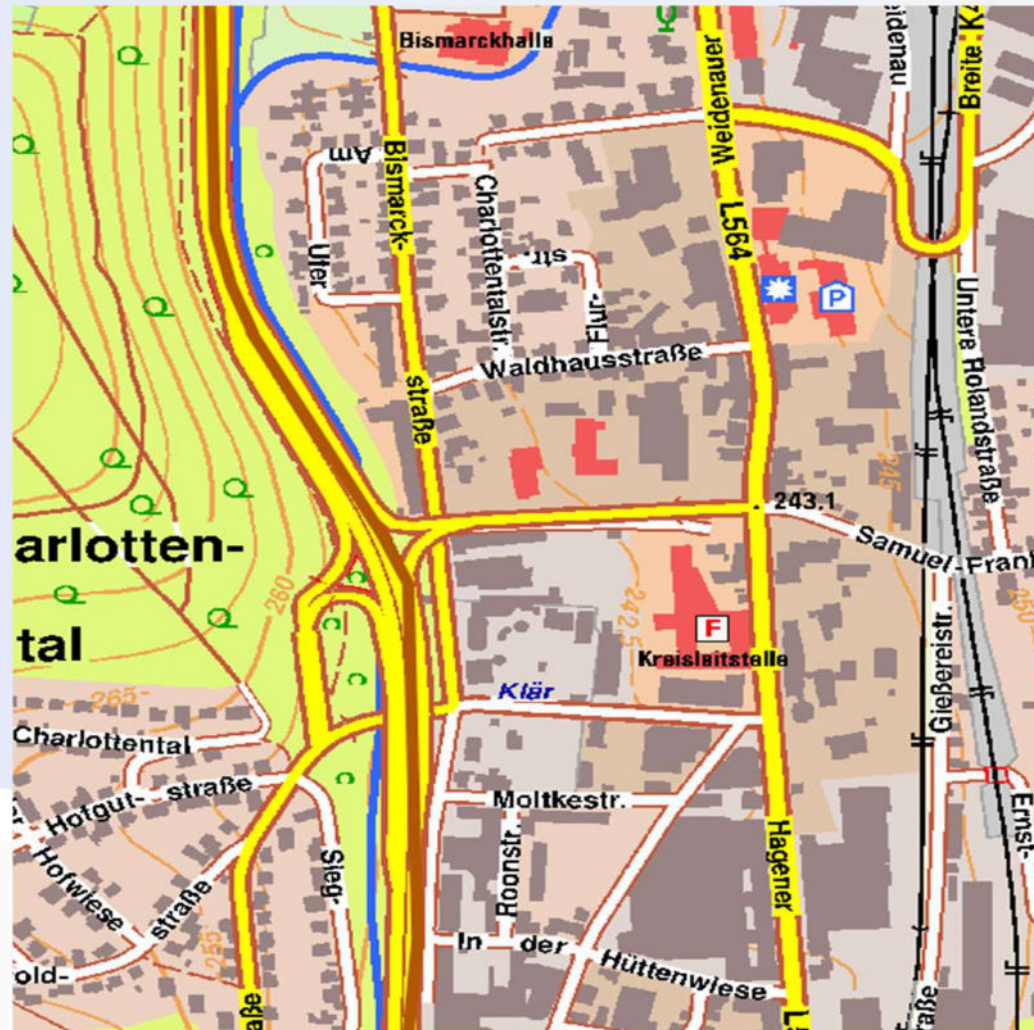


Bevorrechtigte Überquerung

Detailplanung – bevorrangte Querung



C: Weidenau - Bismarckstraße



C: Weidenau Poststraße – bis Höhe Bismarckstraße



Begradigung Höhe Poststraße



Überquerung der Sieg (Brücke)

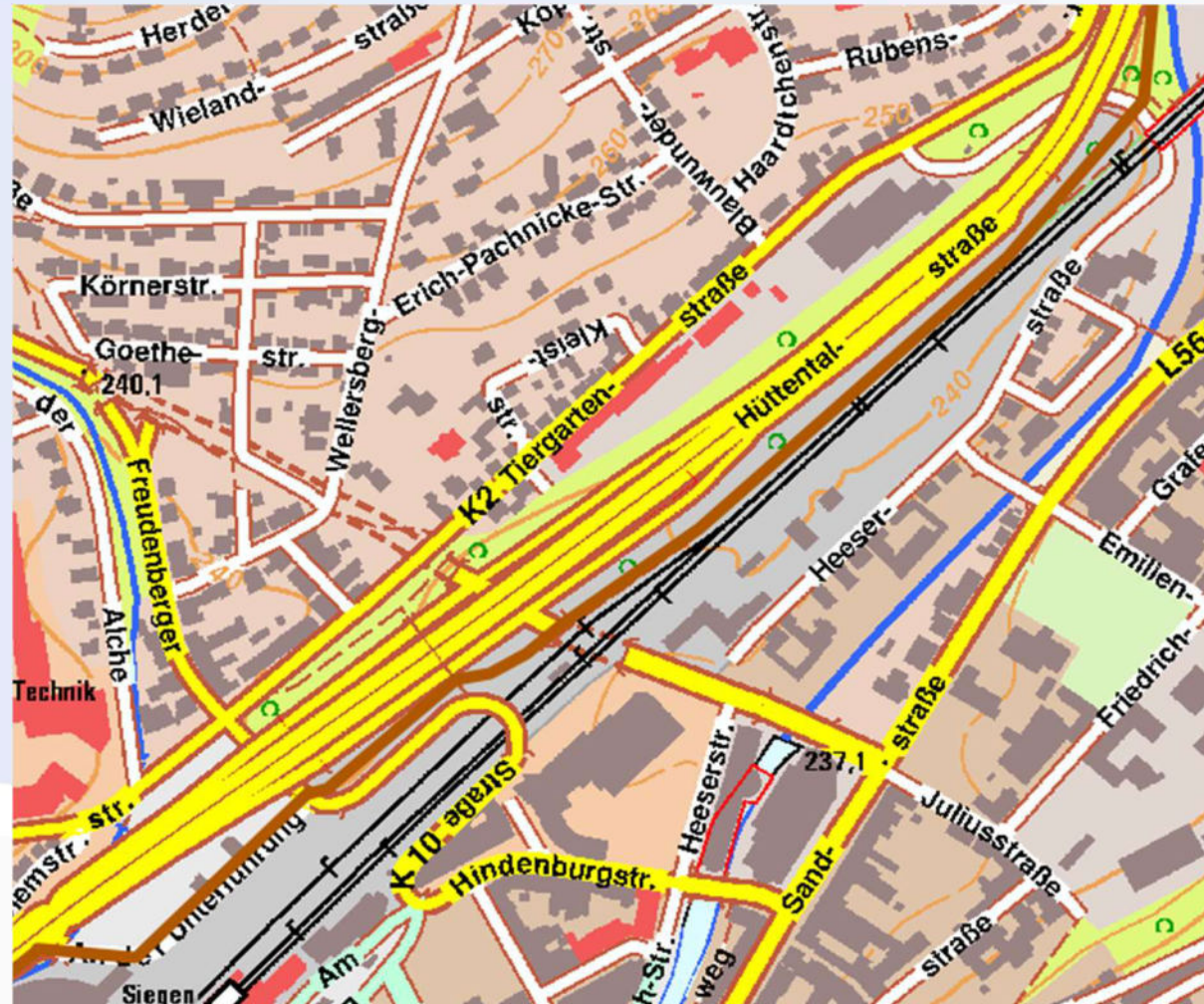


Rücknahme Parkflächen – Höhe Bismarckstraße



Rücknahme Container – Verlauf
In der Herrenwiese

C: Querung Sieg/Heeserstraße



C: Querung Sieg und Heeserstraße

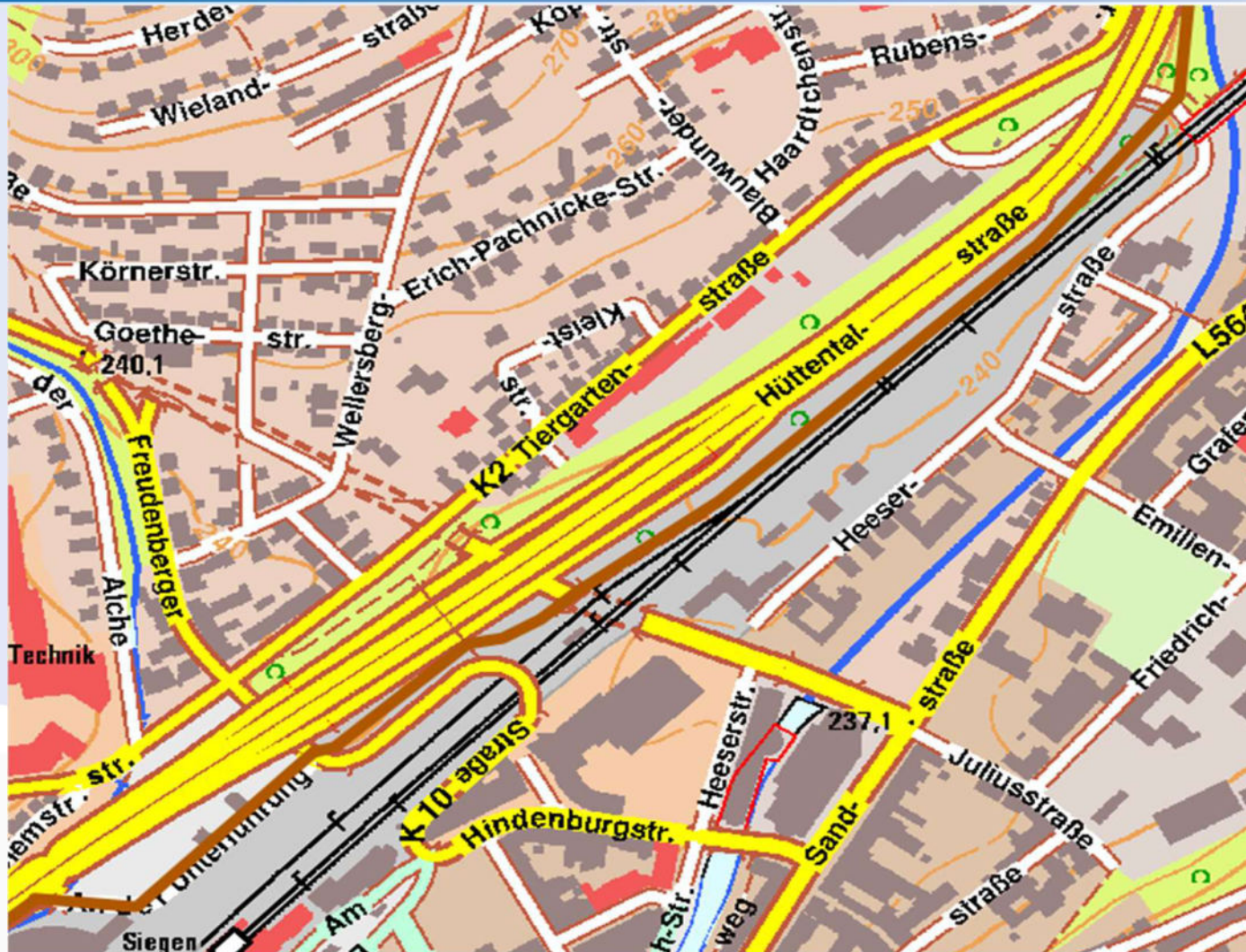


Anrampung Höhe Reichwalds – Querung der Sieg und der Heeserstraße als Auskragung an der HTS

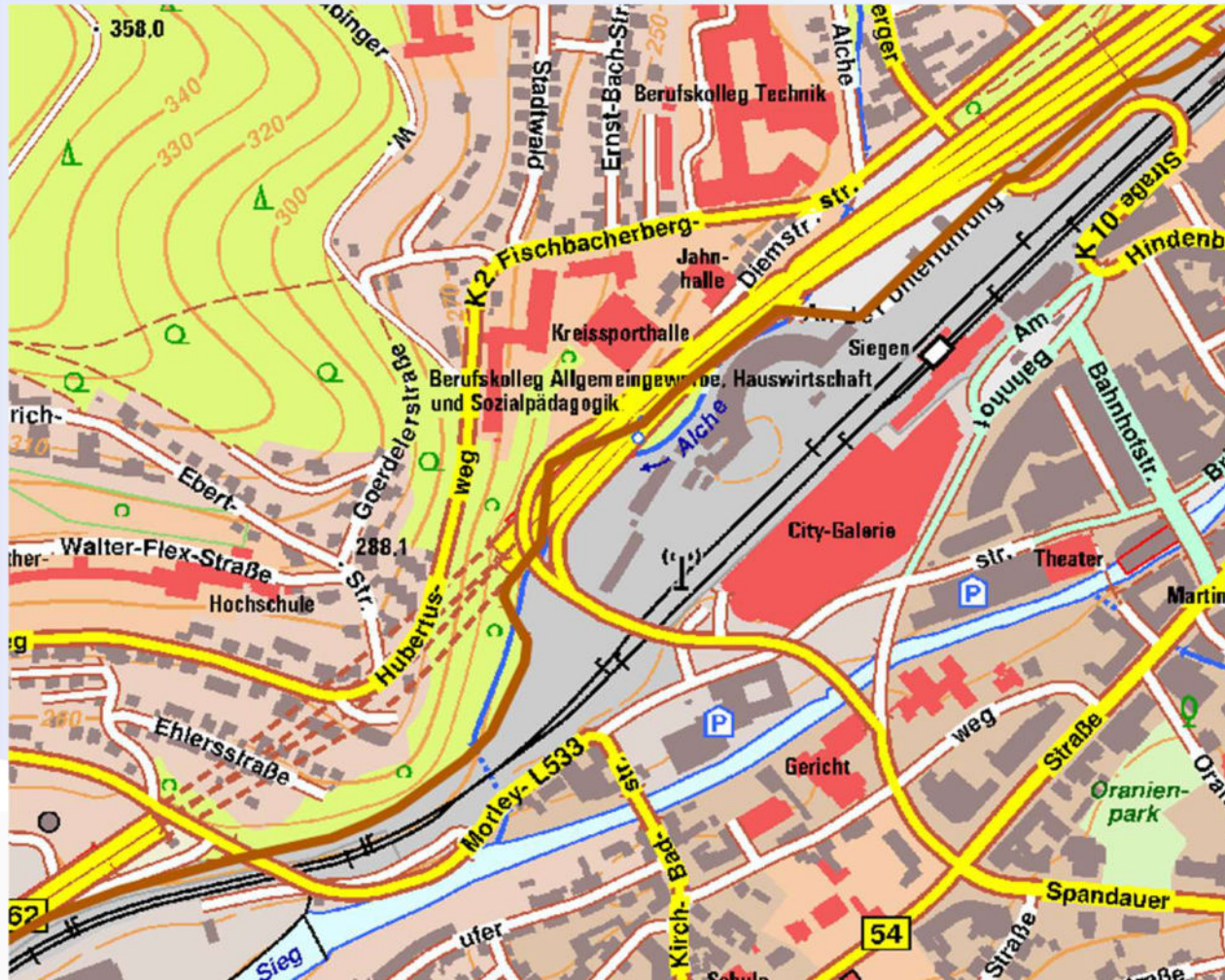


Ausbau des bestehenden Weges

D: Freudenberger Straße - Hufeisenbrücke



D: Bahnhof – City-Galerie - Berufskollegs



C/D: Höhe Hufeisenbrücke – Höhe Berufskollegs

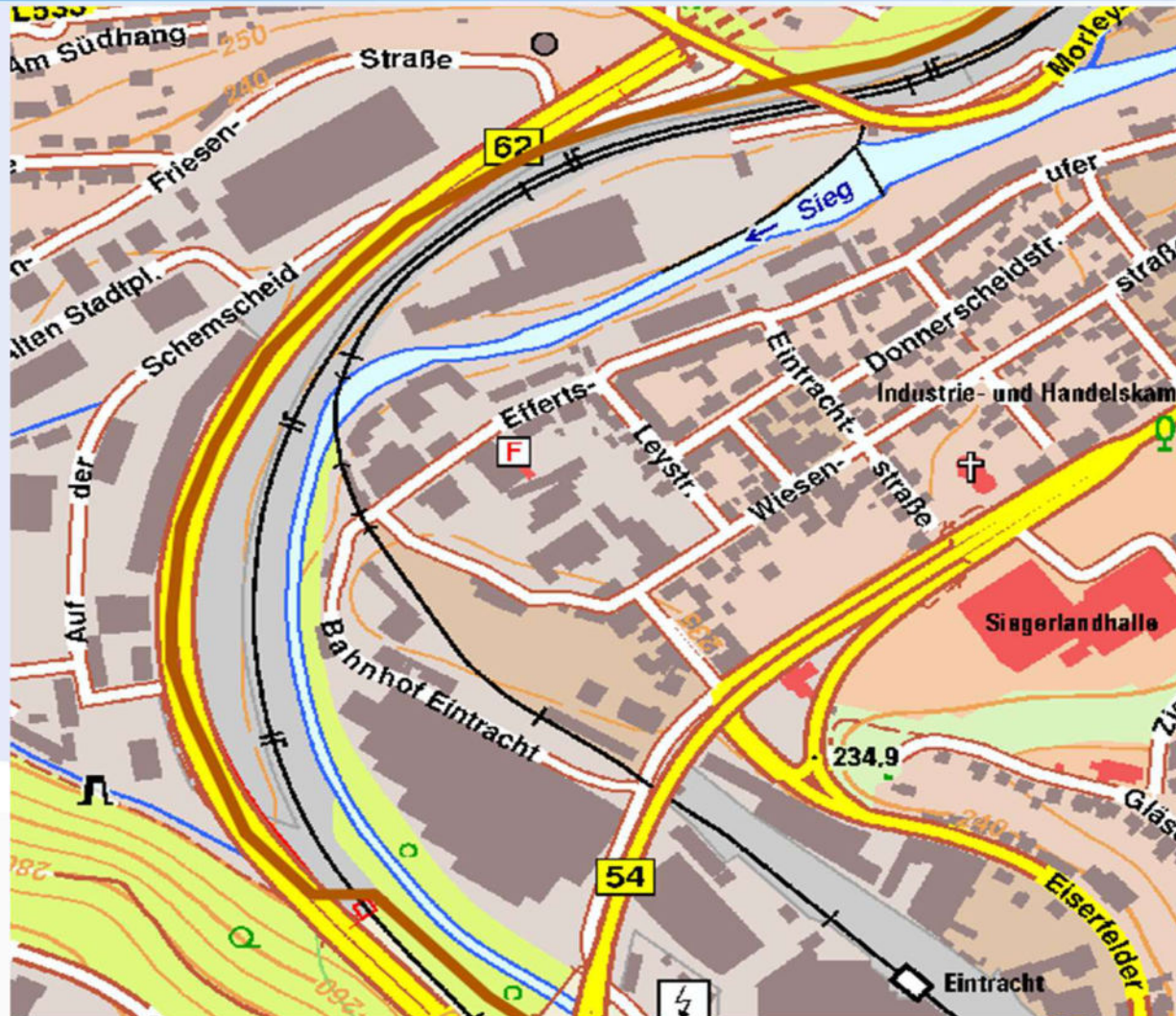


Bevorrechtigung Richtung Bahnhof



Ausbau Fahrradstraße

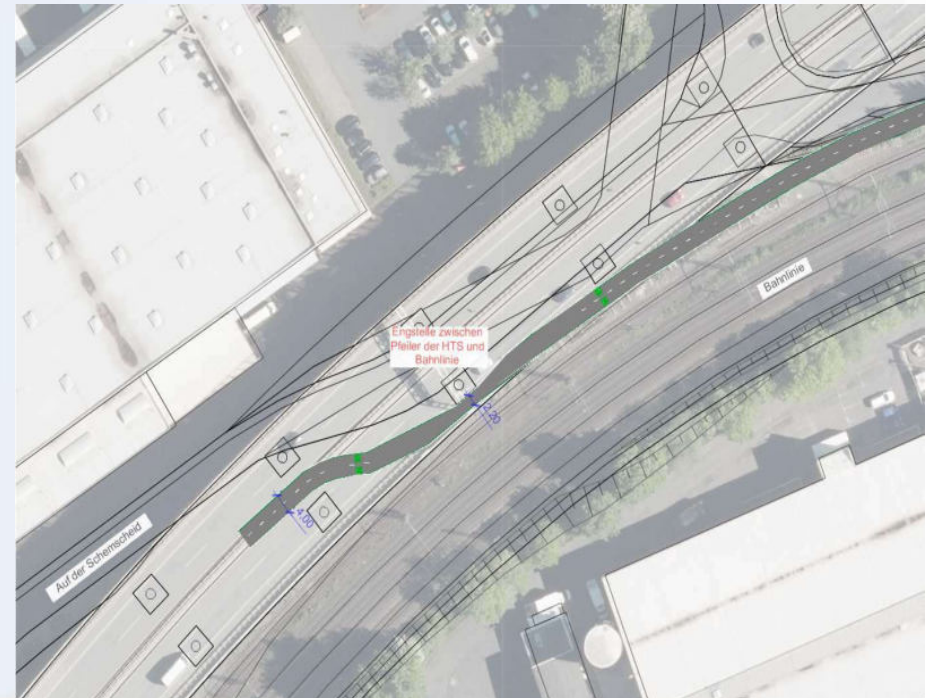
E: Auf der Schemscheid – Ausbau Detailplanung der Stadt Siegen – RSV-Standard



Detailplanung Achenbacher Straße – Auf der Schemscheid



Neubau parallel zu den Gleisen in
der Böschung (unter der Achenbacher Straße)



Umsetzung
Detailmaßnahme – 450
Meter Ausbau auf 4 Meter
breite

D/E: Wegeführung unter HTS – Richtung Sieg-Arena



Neubau parallel der Friedrich-Friesen-Straße



Wegeführung im HTS Verlauf

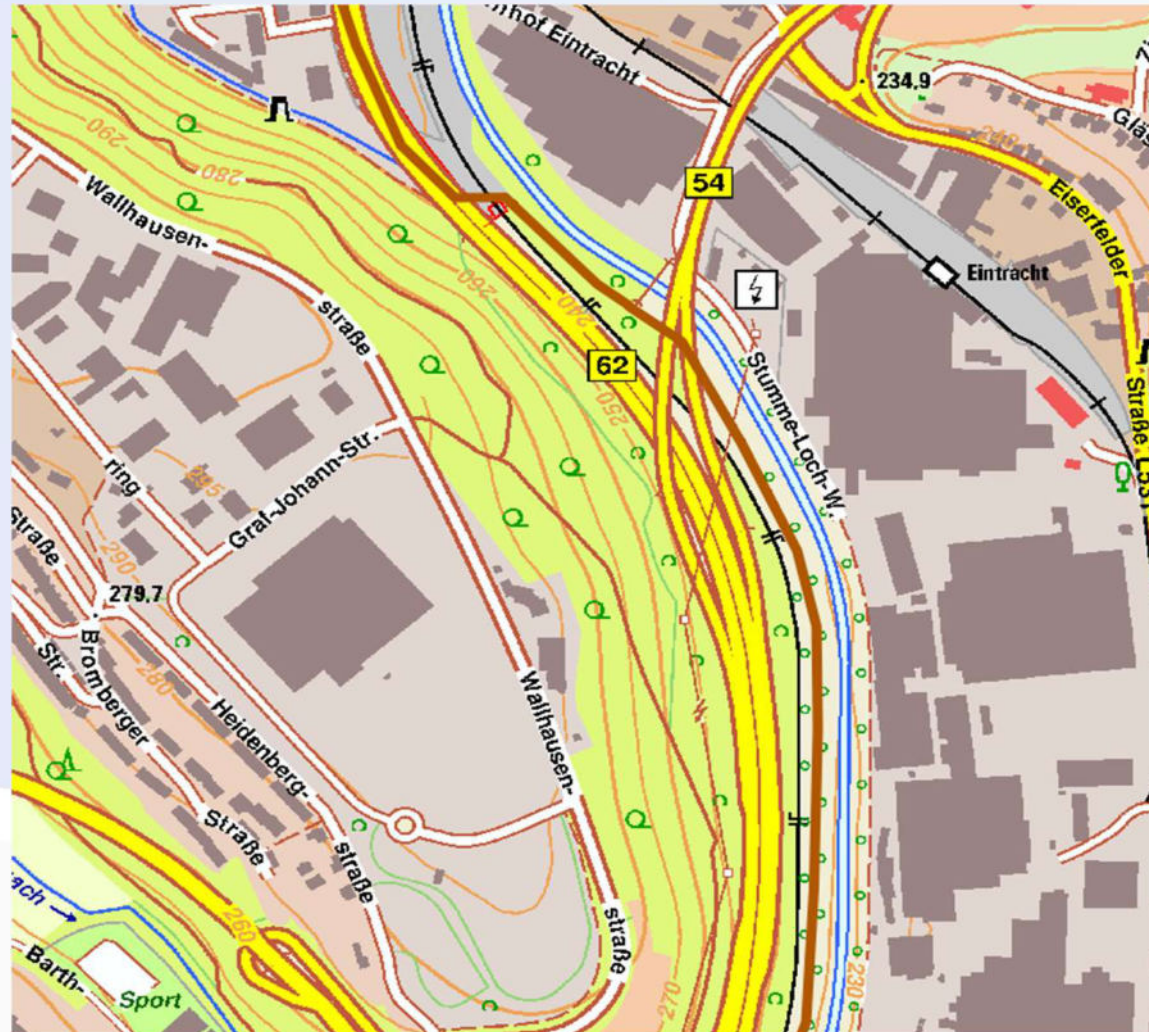


Bahnunterführung – Verbreiterung

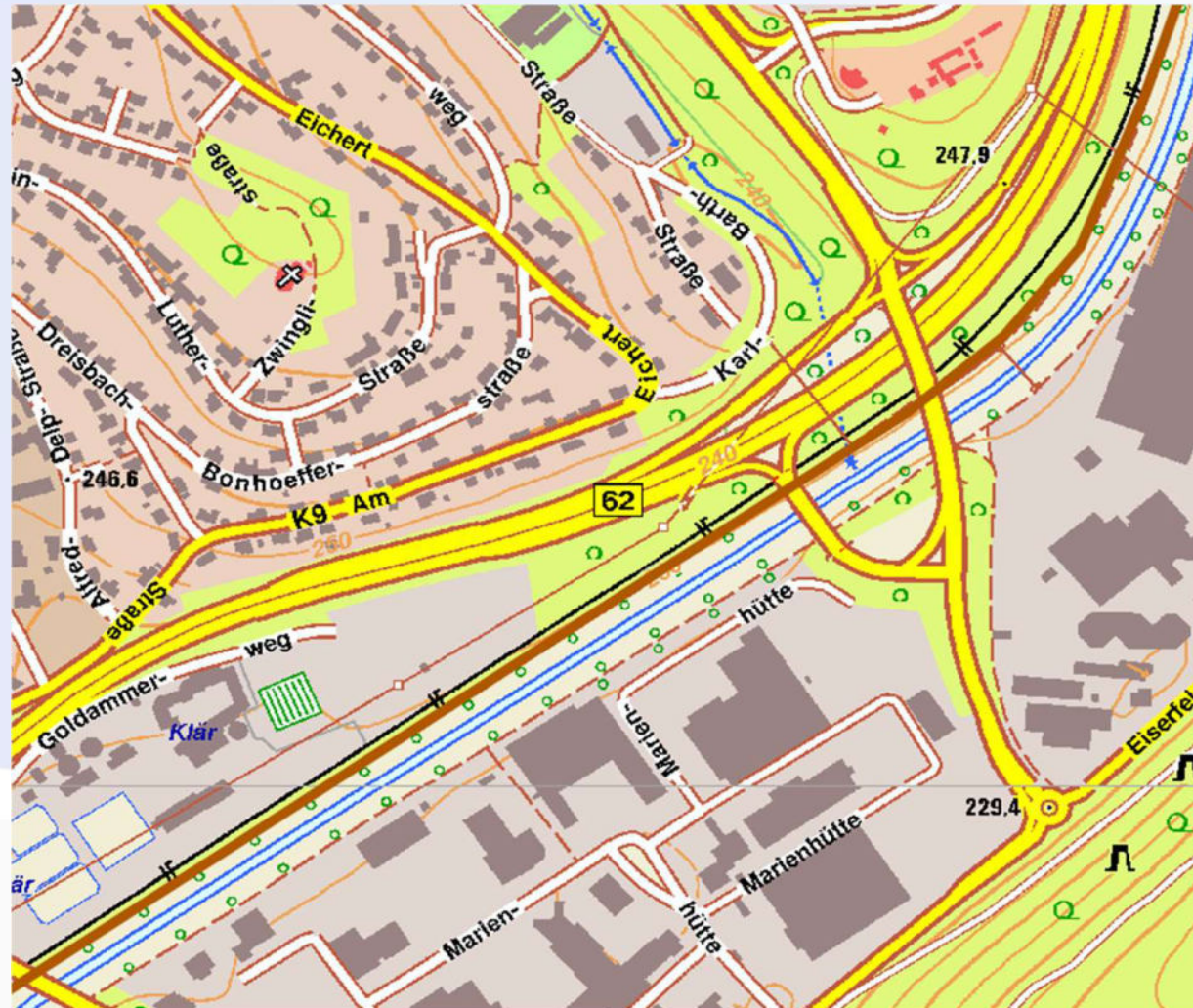


RSV westliches Siegufer – Fußweg Ost

E: Siegarena – RSV westlich



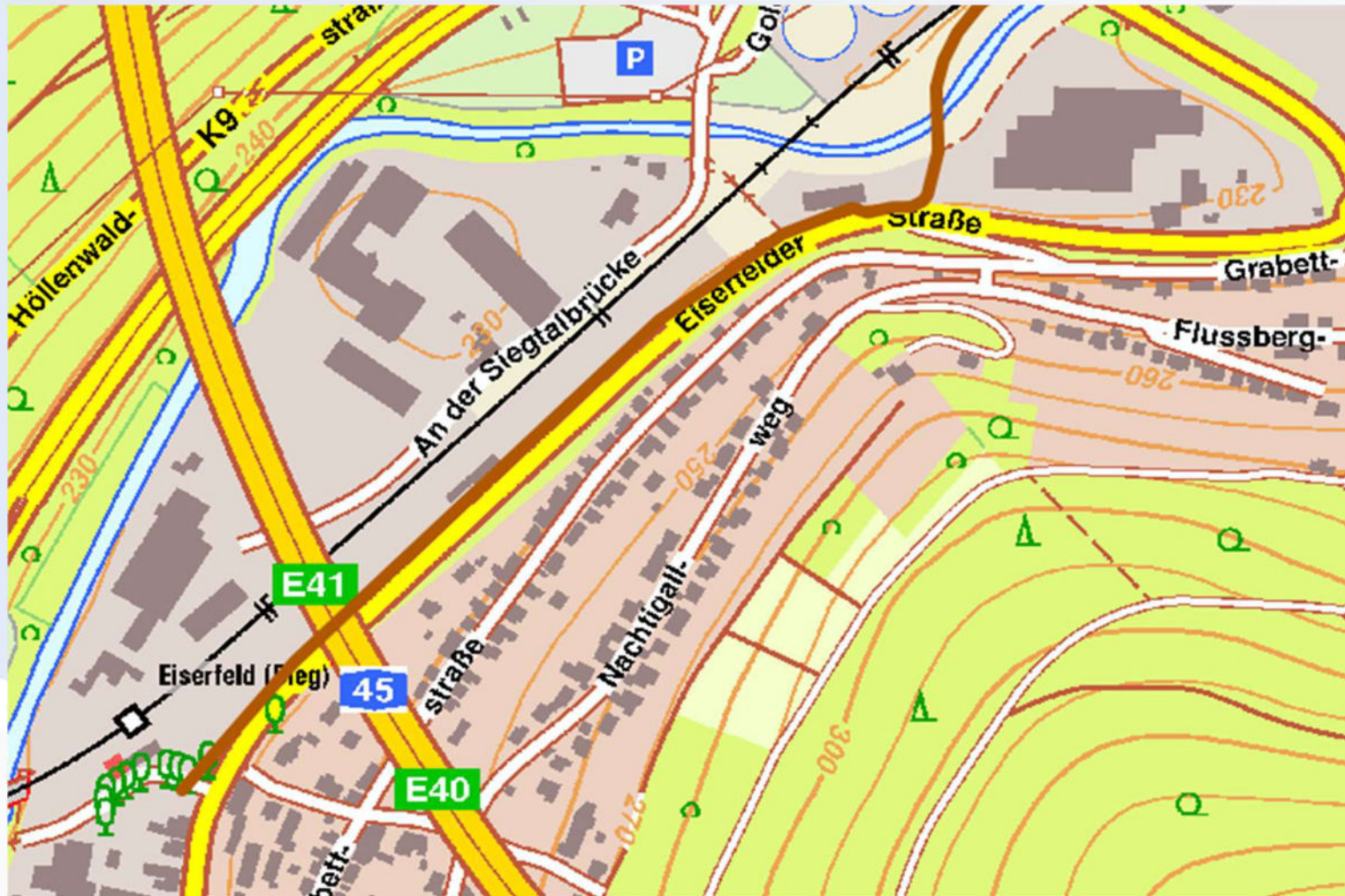
E: Siegarena – RSV westlich



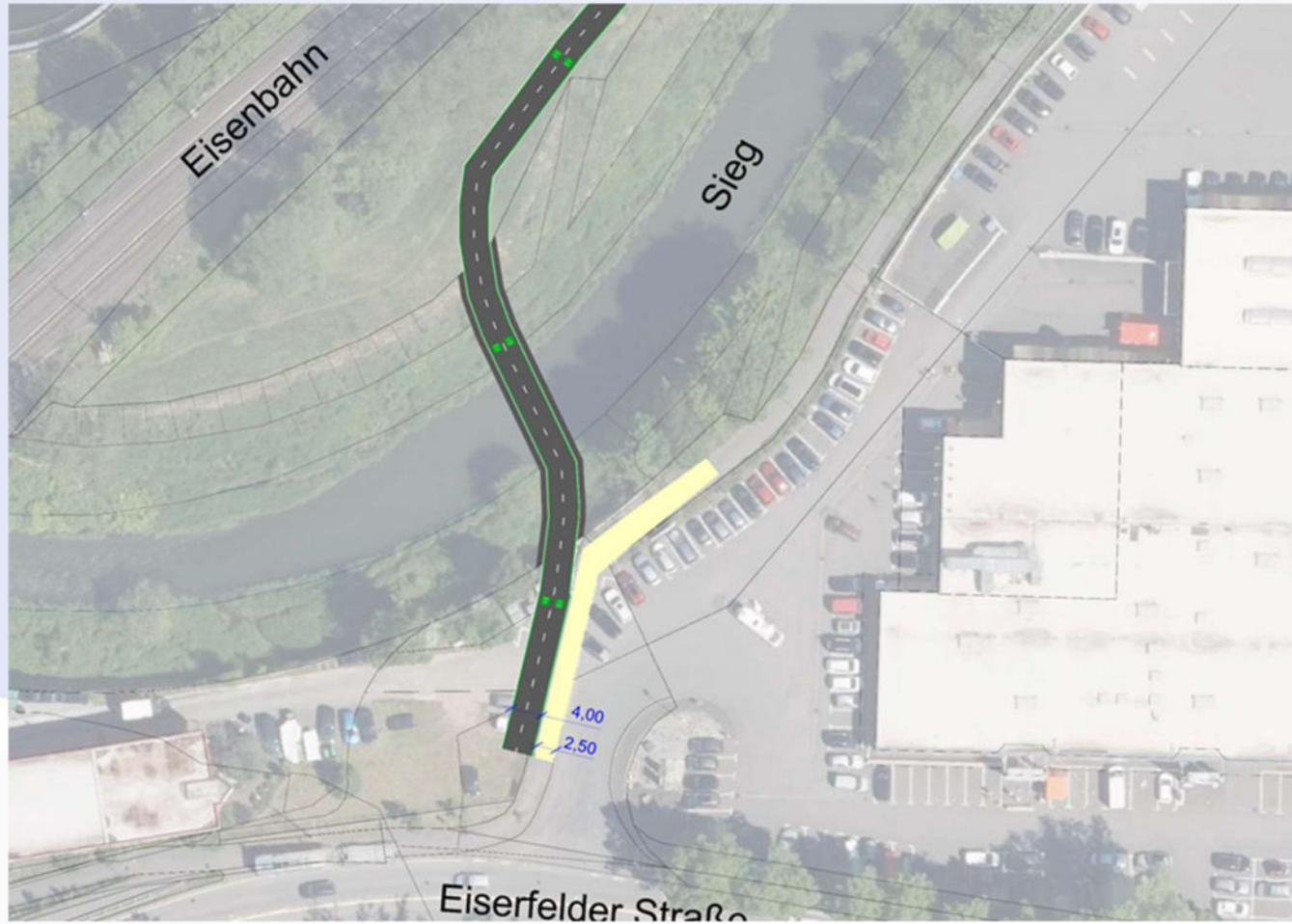
Eiserfelder Straße – Zusammenführung Geh- und Radweg (Brückenbau Sieg)



E/F: Querung Sieg – Ende Eiserfeld Bahnhof



Brückenbauwerk über die Sieg - Verschwenkung



Vorzugstrasse – Abschnitt F – Siegener Stadtgebiet



Führung im Bestand – Eiserfelder Straße
Ausbau auf RSV-Standard nicht möglich



Weiterer Verlauf bis Eiserfeld Bahnhof
gewünschter Zielquerschnitt möglich,
Grunderwerb notwendig

Fazit - Ausblick

- Korridor Kreuztal – Siegen für die Planung einer Radschnellverbindung geeignet
- Umsetzung aufgrund der topographischen Rahmenbedingungen kostenintensiv aber wirtschaftlich sinnvoll – Kosten-Nutzen-Faktor positiv
- Verkehrsministerium NRW stellt derzeit einen Bedarfsplan Radschnellverbindungen auf – unsere Machbarkeitsstudie fließt hier ein und wird mit berücksichtigt – bestenfalls Einstufung als RSV



Fazit - Ausblick

- Finanzierung RSV:
 - außerorts immer das Land NRW – Finanzierung 100 %
 - Kommunen über 80.000 Einwohner = Baulastträger = Förderung mind. 80 % (innerorts)
- Bildung von Abschnitten und Zuordnung der Baulast als Grundlage der formalen Planung – politische Beschlussfassung
- Ggf. erneute Variantenprüfung, weitere Konkretisierung der Maßnahmen, Linienbestimmung, Umweltverträglichkeitsprüfung



Vielen Dank!



Kontakt:

Kreis Siegen-Wittgenstein

Sabine Schmidt

Mobilitätsmanagerin

Tel.: 0271-333-1166

sa.schmidt@siegen-wittgenstein.de

Fotos/Darstellungen: Planersocietät und VIA eG